

NOMOSKOMMENTAR

In Verbindung mit dem Deutschen Anwaltverein
Herausgegeben von Dauner-Lieb | Heidel | Ring

Hüßtege | Mansel

BGB

Rom-Verordnungen
EuGüVO | EuPartVO
HUP | EuErbVO

Band 6
4. Auflage



Nomos



DeutscherAnwaltVerein

Gesamtherausgeber:
Prof. Dr. Barbara Dauner-Lieb, Köln
RA Dr. Thomas Heidel, Bonn
Prof. Dr. Gerhard Ring, Freiberg

NOMOSKOMMENTAR

Rom- Verordnungen

Rom I	Vertragliche Schuldverhältnisse
Rom II	Außervertragliche Schuldverhältnisse
Rom III	Ehescheidung, Trennung
EuGüVO	Eheliches Güterrecht
EuPartVO	Lebenspartnerschaftliches Güterrecht
HUP	Haager Unterhaltsprotokoll
EuErbVO	Erbrecht

Band 6 4. Auflage

Herausgegeben von

Dr. Rainer Hüßtege, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht a. D., München

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz-Peter Mansel, Universität zu Köln

in Verbindung mit dem Deutschen Anwaltverein



Nomos



DeutscherAnwaltVerein

Zitervorschlag: NK-BGB/Bearbeiter Verordnung/Gesetz Art. ... Rn. ...

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-0104-0

4. Auflage 2024

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2024. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur vierten Auflage

Die Herausgeber stellen erfreut fest, dass dieser „Rom-Band“ zum Europäischen internationalen Privatrecht in Rechtsprechung und Schrifttum in Deutschland und im Ausland Beachtung und Anerkennung findet. Die vorliegende Auflage erscheint vier Jahre nach der Voraufgabe. Es erfolgten seitdem keine Rechtsänderungen in den hier zu kommentierenden EU-Verordnungen. Die Autorinnen und Autoren konnten sich daher auf die seit dem Erscheinen der 3. Auflage zu den hier kommentierten EU-Verordnungen und zum HUP 2007 veröffentlichte Literatur und die hierzu ergangene Rechtsprechung, insbesondere des EuGH, konzentrieren. Sie haben diese Quellen sorgfältig ausgewertet und eingearbeitet. Das Zusammenspiel zwischen der Rom III-VO und der seit 1.8.2022 anwendbaren Brüssel IIb-VO wurde vertieft behandelt. Die Probleme bei der Anerkennung einer ausländischen Privatscheidung aus einem Mitgliedstaat der Brüssel IIb-VO wurden im Lichte der Rechtsprechung des EuGH klar herausgearbeitet. Allgemein wurden die Änderungen infolge des Brexit berücksichtigt.

Die Kommentierung der EU-Unterhaltsverordnung und der EU-Eheverordnung finden sich wegen des Sachzusammenhangs noch in Band 1 des NOMOS-Kommentars (BGB, Allgemeiner Teil und EGBGB), in dem auch die allgemeinen Lehren des internationalen Privatrechts und die noch verbliebenen nationalen Kollisionsnormen erläutert werden.

Herr Rechtsanwalt Dr. *Rupert Doehner*, München, ist aus dem Kreis der Kommentatoren ausgeschieden. Die von ihm bislang bearbeiteten Kommentierungsabschnitte verantworten nun Akad. Rat Dr. *Felix Berner*, Universität Tübingen, Notar Dr. *Alexander Bücken*, Eschweiler, Professor Dr. *Matthias Fervers* beziehungsweise Professor Dr. *Lukas Rademacher*, beide Universität zu Kiel, und Professor Dr. *Felipe Temming*, Universität Hannover. Der Mitkommentator Professor Dr. *Götz Schulze*, Universität Potsdam, verstarb – viel zu früh – kurz vor Erscheinen der 3. Auflage. Ihm wurde in deren Vorwort bereits gedacht. Seine Kommentierungsabschnitte hat jetzt Professor Dr. *Lukas Rademacher* bearbeitet.

Unser besonderer Dank gilt auch dieses Mal dem Lektorat des Verlags. Dabei wurde der Band zum ersten Mal nicht mehr von unserem besonders geschätzten Lektor Dr. *Miroslav Gwozdz* bearbeitet, dessen Tod zu beklagen ist. Wir gedenken auch hier seiner ehrend.

Wir hoffen, dass auch diese Auflage wieder für Wissenschaft und Praxis ein wichtiges und zuverlässiges Arbeitsmittel sein wird. Autorinnen und Autoren wie Herausgeber sind dankbar für Hinweise und Anregungen. Sie können gerichtet werden an BGB@nomos.de.

Im Januar 2024

Rainer Hüßtege, München

Heinz-Peter Mansel, Köln

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur vierten Auflage	V
Bearbeiterverzeichnis	XVII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Allgemeines Literaturverzeichnis	XLIII

Das anwaltliche Mandat im internationalen Schuldrecht

I. Einführung	5
II. Die anwaltliche Beratungspraxis	11
1. Allgemeines	11
2. Beratende Praxis im Zusammenhang mit der Rom I-VO	13
3. Beratende Praxis im Zusammenhang mit der Rom II-VO	20
III. Forensische Praxis	24
1. Allgemeines	24
2. Zuständigkeit	25
3. Zustellung	28
4. Ermittlung und Beweis ausländischen Rechts	31
5. Anerkennung und Vollstreckung	34
IV. Schlussbemerkung	37

Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I)

Kapitel I Anwendungsbereich	46
Artikel 1 Anwendungsbereich	46
Artikel 2 Universelle Anwendung	64
Kapitel II Einheitliche Kollisionsnormen	65
Artikel 3 Freie Rechtswahl	65
Artikel 4 Mangels Rechtswahl anzuwendendes Recht	95
Artikel 5 Beförderungsverträge	136
Artikel 6 Verbraucherverträge	147
Artikel 7 Versicherungsverträge	171
Artikel 8 Individualarbeitsverträge	196
Artikel 9 Eingriffsnormen	221
Artikel 10 Einigung und materielle Wirksamkeit	237
Artikel 11 Form	247
Artikel 12 Geltungsbereich des anzuwendenden Rechts	262
Artikel 13 Rechts-, Geschäfts- und Handlungsunfähigkeit	273
Artikel 14 Übertragung der Forderung	277
Artikel 15 Gesetzlicher Forderungsübergang	289
Artikel 16 Mehrfache Haftung	291
Artikel 17 Aufrechnung	298
Artikel 18 Beweis	306
Kapitel III Sonstige Vorschriften	309
Artikel 19 Gewöhnlicher Aufenthalt	309
Artikel 20 Ausschluss der Rück- und Weiterverweisung	312
Artikel 21 Öffentliche Ordnung im Staat des angerufenen Gerichts	314

Inhaltsverzeichnis

Artikel 22	Staaten ohne einheitliche Rechtsordnung	318
Artikel 23	Verhältnis zu anderen Gemeinschaftsrechtsakten	320
Artikel 24	Beziehung zum Übereinkommen von Rom	323
Artikel 25	Verhältnis zu bestehenden internationalen Übereinkommen	325
Artikel 26	Verzeichnis der Übereinkommen	327
Artikel 27	Überprüfungsklausel	327
Artikel 28	Zeitliche Anwendbarkeit	328
Kapitel IV	Schlussbestimmungen	329
Artikel 29	Inkrafttreten und Anwendbarkeit	329

Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht („Rom II“)

Vorbemerkungen zu Artikel 1	337	
Kapitel I	Anwendungsbereich	346
Artikel 1	Anwendungsbereich	346
Artikel 2	Außervertragliche Schuldverhältnisse	383
Artikel 3	Universelle Anwendung	385
Kapitel II	Unerlaubte Handlungen	388
Artikel 4	Allgemeine Kollisionsnorm	388
Artikel 5	Produkthaftung	430
Artikel 6	Unlauterer Wettbewerb und den freien Wettbewerb einschränkendes Verhalten	452
Artikel 7	Umweltschädigung	472
Artikel 8	Verletzung von Rechten des geistigen Eigentums	484
Artikel 9	Arbeitskampfmassnahmen	528
Kapitel III	Ungerechtfertigte Bereicherung, Geschäftsführung ohne Auftrag und Verschulden bei Vertragsverhandlungen	564
Artikel 10	Ungerechtfertigte Bereicherung	564
Artikel 11	Geschäftsführung ohne Auftrag	575
Artikel 12	Verschulden bei Vertragsverhandlungen	582
Artikel 13	Anwendbarkeit des Artikels 8	605
Kapitel IV	Freie Rechtswahl	605
Artikel 14	Freie Rechtswahl	605
Kapitel V	Gemeinsame Vorschriften	620
Artikel 15	Geltungsbereich des anzuwendenden Rechts	620
Artikel 16	Eingriffsnormen	630
Artikel 17	Sicherheits- und Verhaltensregeln	644
Artikel 18	Direktklage gegen den Versicherer des Haftenden	661
Artikel 19	Gesetzlicher Forderungsübergang	672
Artikel 20	Mehrfache Haftung	676
Artikel 21	Form	680
Artikel 22	Beweis	681
Kapitel VI	Sonstige Vorschriften	685
Artikel 23	Gewöhnlicher Aufenthalt	685
Artikel 24	Ausschluss der Rück- und Weiterverweisung	691

Artikel 25	Staaten ohne einheitliche Rechtsordnung	693
Artikel 26	Öffentliche Ordnung im Staat des angerufenen	695
Artikel 27	Verhältnis zu anderen Gemeinschaftsrechtsakten	704
Artikel 28	Verhältnis zu bestehenden internationalen Übereinkommen	707
Kapitel VII	Schlussbestimmungen	709
Artikel 29	Verzeichnis der Übereinkommen	709
Artikel 30	Überprüfungsklausel	710
Artikel 31	Zeitliche Anwendbarkeit	718
Artikel 32	Zeitpunkt des Beginns der Anwendung	719
 Verordnung (EU) Nr. 1259/2010 des Rates vom 20. Dezember 2010 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts [„Rom III“]		
Vorbemerkungen zu Artikel 1		732
Kapitel I	Anwendungsbereich, Verhältnis zur Verordnung (EG) Nr. 2201/2003, Begriffsbestimmungen und universelle Anwendung	747
Artikel 1	Anwendungsbereich	747
Artikel 2	Verhältnis zur Verordnung (EG) Nr. 2201/2003	773
Artikel 3	Begriffsbestimmungen	774
Artikel 4	Universelle Anwendung	777
Kapitel II	Einheitliche Vorschriften zur Bestimmung des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts	778
Artikel 5	Rechtswahl der Parteien	778
Artikel 6	Einigung und materielle Wirksamkeit	806
Artikel 7	Formgültigkeit	810
Artikel 8	In Ermangelung einer Rechtswahl anzuwendendes Recht	816
Artikel 9	Umwandlung einer Trennung ohne Auflösung des Ehebandes in eine Ehescheidung	825
Artikel 10	Anwendung des Rechts des Staates des angerufenen Gerichts	835
Artikel 11	Ausschluss der Rück- und Weiterverweisung	846
Artikel 12	Öffentliche Ordnung (Ordre public)	852
Artikel 13	Unterschiede beim nationalen Recht	861
Artikel 14	Staaten mit zwei oder mehr Rechtssystemen – Kollisionen hinsichtlich der Gebiete ...	868
Artikel 15	Staaten mit zwei oder mehr Rechtssystemen – Kollisionen hinsichtlich der betroffenen Personengruppen	875
Artikel 16	Nichtanwendung dieser Verordnung auf innerstaatliche Kollisionen	880
Kapitel III	Sonstige Bestimmungen	881
Artikel 17	Informationen der teilnehmenden Mitgliedstaaten	881
Artikel 18	Übergangsbestimmungen	883
Artikel 19	Verhältnis zu bestehenden internationalen Übereinkommen	889
Artikel 20	Revisionsklausel	891
Kapitel IV	Schlussbestimmungen	892
Artikel 21	Inkrafttreten und Geltungsbeginn	892

Verordnung (EU) 2016/1103 [(EU) 2016/1104] des Rates vom 24. Juni 2016 zur Durchführung einer [der] Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen des ehelichen Güterstands [güterrechtlicher Wirkungen eingetragener Partnerschaften]

Kapitel I	Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	908
Artikel 1	Anwendungsbereich	908
Anhang zu Art. 1	EuGüVO/EuPartVO: § 1 IntGüRVG	931
Artikel 2	Zuständigkeit für Fragen des ehelichen Güterstands [der güterrechtlichen Wirkungen eingetragener Partnerschaften] innerhalb der Mitgliedstaaten	932
Anhang zu Art. 2	EuGüVO/EuPartVO: §§ 2, 3 IntGüRVG	933
Artikel 3	Begriffsbestimmungen	937
Kapitel II	Gerichtliche Zuständigkeit	945
Artikel 4	Zuständigkeit im Fall des Todes eines Ehegatten [Partners]	945
Artikel 5	Zuständigkeit im Fall der Ehescheidung, Trennung ohne Auflösung des Ehebands oder Ungültigerklärung einer Ehe [der Auflösung oder Ungültigerklärung der eingetragenen Partnerschaft]	952
Artikel 6	Zuständigkeit in anderen Fällen	959
Artikel 7	Gerichtsstandsvereinbarung	967
Artikel 8	Zuständigkeit aufgrund rügeloser Einlassung	974
Artikel 9	Alternative Zuständigkeit	977
Artikel 10	Subsidiäre Zuständigkeit	984
Artikel 11	Notzuständigkeit (forum necessitatis)	986
Artikel 12	Widerklagen	988
Artikel 13	Beschränkung des Verfahrens	990
Artikel 14	Anrufung eines Gerichts	992
Artikel 15	Prüfung der Zuständigkeit	994
Artikel 16	Prüfung der Zulässigkeit	996
Artikel 17	Rechtshängigkeit	998
Artikel 18	Im Zusammenhang stehende Verfahren	1003
Artikel 19	Einstweilige Maßnahmen einschließlich Sicherungsmaßnahmen	1007
Kapitel III	Anzuwendendes Recht	1010
Artikel 20	Universelle Anwendung	1010
Artikel 21	Einheit des anzuwendenden Rechts	1011
Artikel 22	Rechtswahl	1011
Artikel 23	Formgültigkeit der Rechtswahlvereinbarung	1019
Artikel 24	Einigung und materielle Wirksamkeit	1023
Artikel 25	Formgültigkeit einer Vereinbarung über den ehelichen Güterstand [die güterrechtlichen Wirkungen einer eingetragenen Partnerschaft]	1026
Artikel 26	Mangels Rechtswahl der Parteien anzuwendendes Recht	1029
Artikel 27	Reichweite des anzuwendenden Rechts	1036
Artikel 28	Wirkungen gegenüber Dritten	1042
Artikel 29	Anpassung dinglicher Rechte	1048
Artikel 30	Eingriffsnormen	1051
Artikel 31	Öffentliche Ordnung (ordre public)	1055
Artikel 32	Ausschluss der Rück- und Weiterverweisung	1058
Artikel 33	Staaten mit mehr als einem Rechtssystem – interlokale Kollisionsvorschriften	1059
Artikel 34	Staaten mit mehr als einem Rechtssystem – interpersonale Kollisionsvorschriften	1062

Artikel 35	Nichtanwendung dieser Verordnung auf innerstaatliche Kollisionen	1063
Kapitel IV	Anerkennung, Vollstreckbarkeit und Vollstreckung von Entscheidungen	1063
Artikel 36	Anerkennung	1063
Artikel 37	Gründe für die Nichtanerkennung	1067
Artikel 38	Grundrechte	1071
Artikel 39	Ausschluss der Nachprüfung der Zuständigkeit des Gerichts des Ursprungsmitgliedstaats	1072
Artikel 40	Ausschluss der Nachprüfung in der Sache	1072
Artikel 41	Aussetzung des Anerkennungsverfahrens	1073
Artikel 42	Vollstreckbarkeit	1074
Artikel 43	Bestimmung des Wohnsitzes	1076
Artikel 44	Örtlich zuständiges Gericht	1077
Artikel 45	Verfahren	1078
Artikel 46	Nichtvorlage der Bescheinigung	1080
Artikel 47	Vollstreckbarerklärung	1081
Artikel 48	Mitteilung der Entscheidung über den Antrag auf Vollstreckbarerklärung	1083
Artikel 49	Rechtsbehelf gegen die Entscheidung über den Antrag auf Vollstreckbarerklärung	1084
Artikel 50	Rechtsbehelf gegen die Entscheidung über den Rechtsbehelf	1086
Artikel 51	Versagung oder Aufhebung einer Vollstreckbarerklärung	1087
Artikel 52	Aussetzung des Verfahrens	1088
Artikel 53	Einstweilige Maßnahmen einschließlich Sicherungsmaßnahmen	1089
Artikel 54	Teilvollstreckbarkeit	1091
Artikel 55	Prozesskostenhilfe	1093
Artikel 56	Keine Sicherheitsleistung oder Hinterlegung	1094
Artikel 57	Keine Stempelabgaben oder Gebühren	1095
Anhang zu Artt. 42–57 EuGüVO/EuPartVO: §§ 4–30 IntGüRVG		1096
Kapitel V	Öffentliche Urkunden und gerichtliche Vergleiche	1109
Artikel 58	Annahme öffentlicher Urkunden	1109
Anhang zu Art. 58 EuGüVO/EuPartVO: §§ 31, 32 IntGüRVG		1114
Artikel 59	Vollstreckbarkeit öffentlicher Urkunden	1115
Artikel 60	Vollstreckbarkeit gerichtlicher Vergleiche	1117
Kapitel VI	Allgemeine und Schlussbestimmungen	1118
Artikel 61	Legalisation oder ähnliche Förmlichkeiten	1118
Artikel 62	Verhältnis zu bestehenden internationalen Übereinkünften	1120
Artikel 63	Informationen für die Öffentlichkeit	1124
Artikel 64	Angaben zu Kontaktdaten und Verfahren	1124
Artikel 65	Erstellung und spätere Änderung der Liste der in Artikel 3 Absatz 2 vorgesehenen Informationen	1125
Artikel 66	Erstellung und spätere Änderung der Bescheinigungen und der Formblätter nach Artikel 45 Absatz 3 Buchstabe b und den Artikeln 58, 59 und 60	1126
Artikel 67	Ausschussverfahren	1127
Artikel 68	Überprüfungsklausel	1128
Artikel 69	Übergangsbestimmungen	1128
Artikel 70	Inkrafttreten	1133

**[Haager] Protokoll
über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht**

Vorbemerkungen zu Artikel 1	1137
Artikel 1 Anwendungsbereich	1140
Artikel 2 Universelle Anwendung	1151
Artikel 3 Allgemeine Regel in Bezug auf das anzuwendende Recht	1151
Artikel 4 Besondere Regeln zugunsten bestimmter berechtigter Personen	1157
Artikel 5 Besondere Regeln in Bezug auf Ehegatten und frühere Ehegatten	1164
Artikel 6 Besondere Mittel zur Verteidigung	1168
Artikel 7 Wahl des anzuwendenden Rechts für die Zwecke eines einzelnen Verfahrens	1170
Artikel 8 Wahl des anzuwendenden Rechts	1174
Artikel 9 „Domicile“ anstelle von „Staatsangehörigkeit“	1181
Artikel 10 Öffentliche Aufgaben wahrnehmende Einrichtungen	1181
Artikel 11 Geltungsbereich des anzuwendenden Rechts	1183
Artikel 12 Ausschluss der Rückverweisung	1187
Artikel 13 Öffentliche Ordnung (ordre public)	1187
Artikel 14 Bemessung des Unterhaltsbetrags	1189
Artikel 15 Nichtanwendung des Protokolls auf innerstaatliche Kollisionen	1189
Artikel 16 In räumlicher Hinsicht nicht einheitliche Rechtssysteme	1190
Artikel 17 Hinsichtlich der betroffenen Personengruppen nicht einheitliche Rechtssysteme	1191
Artikel 18 Koordinierung mit den früheren Haager Übereinkommen über Unterhaltspflichten ...	1191
Artikel 19 Koordinierung mit anderen Übereinkünften	1193
Artikel 20 Einheitliche Auslegung	1194
Artikel 21 Prüfung der praktischen Durchführung des Protokolls	1194
Artikel 22 Übergangsbestimmungen	1195
Artikel 23 Unterzeichnung, Ratifikation und Beitritt	1195
Artikel 24 Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration	1195
Artikel 25 Inkrafttreten	1196
Artikel 26 Erklärungen in Bezug auf nicht einheitliche Rechtssysteme	1196
Artikel 27 Vorbehalte	1196
Artikel 28 Erklärungen	1197
Artikel 29 Kündigung	1197
Artikel 30 Notifikation	1197

**Verordnung (EU) Nr. 650/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom
4. Juli 2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und
Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher
Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses**

Vorbemerkungen zu Artikel 1	1212
Kapitel I Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	1226
Artikel 1 Anwendungsbereich	1226
Anhang zu Art. 1 EuErbVO: § 1 IntErbRVG	1248
Artikel 2 Zuständigkeit in Erbsachen innerhalb der Mitgliedstaaten	1248
Anhang zu Art. 2 EuErbVO: §§ 2, 47 IntErbRVG	1249
Artikel 3 Begriffsbestimmungen	1253
Kapitel II Zuständigkeit	1263
Artikel 4 Allgemeine Zuständigkeit	1263
Artikel 5 Gerichtsstandsvereinbarung	1279

Artikel 6	Unzuständigerklärung bei Rechtswahl	1287
Artikel 7	Zuständigkeit bei Rechtswahl	1293
Artikel 8	Beendigung des Verfahrens von Amts wegen bei Rechtswahl	1296
Artikel 9	Zuständigkeit aufgrund rügeloser Einlassung	1298
Artikel 10	Subsidiäre Zuständigkeit	1302
Artikel 11	Notzuständigkeit (forum necessitatis)	1306
Artikel 12	Beschränkung des Verfahrens	1309
Artikel 13	Annahme oder Ausschlagung der Erbschaft, eines Vermächtnisses oder eines Pflichtteils	1311
Anhang zu Art. 13 EuErbVO: § 31 IntErbRVG		1316
Artikel 14	Anrufung eines Gerichts	1317
Artikel 15	Prüfung der Zuständigkeit	1319
Artikel 16	Prüfung der Zulässigkeit	1321
Artikel 17	Rechtshängigkeit	1323
Artikel 18	Im Zusammenhang stehende Verfahren	1328
Artikel 19	Einstweilige Maßnahmen einschließlich Sicherungsmaßnahmen	1332
Kapitel III	Anzuwendendes Recht	1336
Artikel 20	Universelle Anwendung	1336
Artikel 21	Allgemeine Kollisionsnorm	1337
Artikel 22	Rechtswahl	1341
Artikel 23	Reichweite des anzuwendenden Rechts	1350
Artikel 24	Verfügungen von Todes wegen außer Erbverträgen	1359
Artikel 25	Erbverträge	1364
Artikel 26	Materielle Wirksamkeit einer Verfügung von Todes wegen	1371
Artikel 27	Formgültigkeit einer schriftlichen Verfügung von Todes wegen	1376
Artikel 28	Formgültigkeit einer Annahme- oder Ausschlagungserklärung	1383
Artikel 29	Besondere Regelungen für die Bestellung und die Befugnisse eines Nachlassverwalters in bestimmten Situationen	1386
Artikel 30	Besondere Regelungen mit Beschränkungen, die die Rechtsnachfolge von Todes wegen in Bezug auf bestimmte Vermögenswerte betreffen oder Auswirkungen auf sie haben	1390
Artikel 31	Anpassung dinglicher Rechte	1394
Artikel 32	Kommorienten	1400
Artikel 33	Erbenloser Nachlass	1403
Anhang zu Art. 33 EuErbVO: § 32 IntErbRVG		1406
Artikel 34	Rück- und Weiterverweisung	1409
Artikel 35	Öffentliche Ordnung (ordre public)	1415
Artikel 36	Staaten mit mehr als einem Rechtssystem – Interlokale Kollisionsvorschriften	1425
Artikel 37	Staaten mit mehr als einem Rechtssystem – Interpersonale Kollisionsvorschriften	1429
Artikel 38	Nichtanwendung dieser Verordnung auf innerstaatliche Kollisionen	1431
Kapitel IV	Anerkennung, Vollstreckbarkeit und Vollstreckung von Entscheidungen	1432
Artikel 39	Anerkennung	1432
Artikel 40	Gründe für die Nichtanerkennung einer Entscheidung	1437
Artikel 41	Ausschluss einer Nachprüfung in der Sache	1440
Artikel 42	Aussetzung des Anerkennungsverfahrens	1441
Artikel 43	Vollstreckbarkeit	1442
Artikel 44	Bestimmung des Wohnsitzes	1444
Artikel 45	Örtlich zuständiges Gericht	1445
Artikel 46	Verfahren	1446

Inhaltsverzeichnis

Artikel 47	Nichtvorlage der Bescheinigung	1447
Artikel 48	Vollstreckbarerklärung	1449
Artikel 49	Mitteilung der Entscheidung über den Antrag auf Vollstreckbarerklärung	1450
Artikel 50	Rechtsbehelf gegen die Entscheidung über den Antrag auf Vollstreckbarerklärung	1451
Artikel 51	Rechtsbehelf gegen die Entscheidung über den Rechtsbehelf	1453
Artikel 52	Versagung oder Aufhebung einer Vollstreckbarerklärung	1454
Artikel 53	Aussetzung des Verfahrens	1455
Artikel 54	Einstweilige Maßnahmen einschließlich Sicherungsmaßnahmen	1456
Artikel 55	Teilvollstreckbarkeit	1458
Artikel 56	Prozesskostenhilfe	1459
Artikel 57	Keine Sicherheitsleistung oder Hinterlegung	1460
Artikel 58	Keine Stempelabgaben oder Gebühren	1461
Anhang zu Artt. 43–58 EuErbVO: §§ 3–30 IntErbRVG		1462
Kapitel V	Öffentliche Urkunden und gerichtliche Vergleiche	1475
Artikel 59	Annahme öffentlicher Urkunden	1475
Anhang zu Art. 59 EuErbVO: §§ 45, 46 IntErbRVG		1482
Artikel 60	Vollstreckbarkeit öffentlicher Urkunden	1483
Artikel 61	Vollstreckbarkeit gerichtlicher Vergleiche	1485
Kapitel VI	Europäisches Nachlasszeugnis	1486
Artikel 62	Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses	1486
Anhang zu Art. 62 EuErbVO: § 33 IntErbRVG		1500
Artikel 63	Zweck des Zeugnisses	1501
Artikel 64	Zuständigkeit für die Erteilung des Zeugnisses	1504
Anhang zu Art. 64 EuErbVO: § 34 IntErbRVG		1508
Artikel 65	Antrag auf Ausstellung eines Zeugnisses	1510
Anhang zu Art. 65 EuErbVO: § 35 IntErbRVG		1518
Artikel 66	Prüfung des Antrags	1519
Anhang zu Art. 66 EuErbVO: §§ 36, 37 IntErbRVG		1523
Artikel 67	Ausstellung des Zeugnisses	1526
Anhang zu Art. 67 EuErbVO: §§ 38–41 IntErbRVG		1531
Artikel 68	Inhalt des Nachlasszeugnisses	1534
Artikel 69	Wirkungen des Zeugnisses	1543
Artikel 70	Beglaubigte Abschriften des Zeugnisses	1555
Anhang zu Art. 70 EuErbVO: § 42 IntErbRVG		1559
Artikel 71	Berichtigung, Änderung oder Widerruf des Zeugnisses	1560
Artikel 72	Rechtsbehelfe	1565
Anhang zu Art. 72 EuErbVO: §§ 43, 44 IntErbRVG		1568
Artikel 73	Aussetzung der Wirkungen des Zeugnisses	1571
Kapitel VII	Allgemeine und Schlussbestimmungen	1574
Artikel 74	Legalisation oder ähnliche Förmlichkeiten	1574
Artikel 75	Verhältnis zu bestehenden internationalen Übereinkommen	1576
Artikel 76	Verhältnis zur Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates	1581
Artikel 77	Informationen für die Öffentlichkeit	1583
Artikel 78	Informationen zu Kontaktdaten und Verfahren	1584
Artikel 79	Erstellung und spätere Änderung der Liste der in Artikel 3 Absatz 2 vorgesehenen Informationen	1585
Artikel 80	Erstellung und spätere Änderung der Bescheinigungen und der Formblätter nach den Artikeln 46, 59, 60, 61, 65 und 67	1586

Artikel 81	Ausschussverfahren	1587
Artikel 82	Überprüfung	1588
Artikel 83	Übergangsbestimmungen	1589
Artikel 84	Inkrafttreten	1597
Stichwortverzeichnis		1599

Bearbeiterverzeichnis

	hat bearbeitet:
<i>Prof. Dr. Ivo Bach</i> Georg-August-Universität Göttingen, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Medizinrecht, Europäisches und Internationales Privatrecht	Art. 3–8 HUP
<i>Dr. Felix Berner</i> Akad. Rat a.Z., Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Internationales Privat- recht und Rechtsvergleichung	Art. 16, 17 Rom I-VO (bis zur 3. Aufl. Rechts- anwalt Dr. Rupert Doehner)
<i>Dr. Kai Bischoff, Dipl.-Kfm., LL.M. (NYU)</i> Notar, Köln	Art. 11 Rom I-VO
<i>Prof. Dr. Peter-Andreas Brand</i> Rechtsanwalt, Berlin/London; Honorarprofessor an der Humboldt-Universität, Berlin	Das anwaltliche Mandat im internationalen Schuldrecht
<i>Prof. Dr. Christine Budzikiewicz</i> Philipps-Universität Marburg, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Internationales und Europäisches Privatrecht sowie Rechtsvergleichung	Art. 12 Rom II-VO, Art. 9–12 Rom III-VO
<i>Dr. Alexander Bücken</i> Notar, Eschweiler	Art. 18 Rom I-VO
<i>Prof. Dr. Florian Eichel</i> Universität Bern, Co-Direktor des Instituts für Internatio- nales Privatrecht und Verfahrensrecht	Art. 27, 28 Rom II-VO
<i>Prof. Dr. Matthias Fervers</i> Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	Art. 14, Art. 15 Rom I-VO (bis zur 3. Aufl. Rechtsanwalt Dr. Rupert Doehner)
<i>Prof. Dr. Martin Gebauer</i> Eberhard Karls Universität Tübingen, Lehrstuhl für Bür- gerliches Recht, Internationales Privatrecht und Rechts- vergleichung, Richter am OLG Stuttgart	Art. 14 Rom II-VO
<i>Prof. Dr. Urs Peter Gruber</i> Johannes Gutenberg Universität Mainz, Lehrstuhl für Zi- vilrecht und Zivilprozessrecht	Vor Art. 1, Art. 1–4, 13 Rom III-VO, Vor Art. 1, Art. 1, 2, 9–30 HUP
<i>Prof. Dr. Michael Grünberger, LL.M. (NYU)</i> Präsident der Bucerius Law School Hamburg, Claussen- Simon-Lehrstuhl für Privatrecht und responsive Rechts- wissenschaft	Art. 8 Rom II-VO; Art. 13 Rom II-VO
<i>Prof. Dr. Oliver L. Knöfel</i> Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Lehrstuhl für Bürgerliches Recht sowie Europäisches und Internatio- nales Privatrecht	Vor Art. 1, Art. 1–3, 16, 29–32 Rom II-VO
<i>Prof. Dr. Matthias Lehmann (D.E.A., LL.M., J.S.D.)</i> Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Institut für Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung	Art. 4, 5, 17 Rom II-VO
<i>Prof. Dr. Stefan Leible</i> Präsident der Universität Bayreuth	Art. 1–7, 10, 12, 13, 20, 22–29 Rom I-VO
<i>Prof. Dr. Francis Limbach</i> Rechtsanwalt, Saarbrücken	Art. 10, 11, 19–22 Rom II-VO

Bearbeiterverzeichnis

- Prof. Dr. Dirk Looschelders*
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung sowie Privatversicherungsrecht
Vor Art. 1, Art. 1–3, 20–38 EuErbVO, §§ 1, 2, 32, 47 IntErbRVG
- Prof. Dr. Katharina Lugani*
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Lehrstuhl für deutsches, europäisches und internationales Privat- und Verfahrensrecht
Art. 5–8 Rom III-VO
- Prof. Dr. Robert Magnus*
Universität Bayreuth, Lehrstuhl Zivilrecht III, Bürgerliches Recht, deutsches und internationales Zivilverfahrensrecht
Art. 1–3, 61–70 EuGüVO/EuPartVO; §§ 1–3 IntGüRVG; Art. 74–84 EuErbVO
- Prof. Dr. Mark Makowsky*
Universität Mannheim, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht, Medizinrecht sowie Privatversicherungsrecht
Art. 4–19, 36–60 EuGüVO/EuPartVO; §§ 4–32 IntGüRVG; Art. 4–19, 39–61 EuErbVO; §§ 3–31, 45, 46 IntErbRVG
- Dr. Carl Friedrich Nordmeier*
Richter am Oberlandesgericht Frankfurt am Main
Art. 15, 18 Rom II-VO, Art. 14–21 Rom III-VO, Art. 62–73 EuErbVO; §§ 33–44 IntErbRVG
- Dr. Thomas von Plehwe*
Rechtsanwalt beim BGH, Karlsruhe
Art. 7 Rom II-VO
- Prof. Dr. Lukas Rademacher, M.Jur. (Oxon.)*
Universität zu Kiel, Institut für Europäisches und Internationales Privat und Verfahrensrecht
Art. 9, 19, 21 Rom I-VO (bis zur 3. Aufl. Dr. Rupert Doehner), Art. 23–26 Rom II-VO (bis zur 3. Aufl. Prof. Dr. Götz Schulze)
- Prof. Dr. Robert Sieghörtner (LL.M., EMBA)*
Notar, Gräfenberg
Art. 20–35 EuGüVO/EuPartVO
- Prof. Dr. Felipe Temming (LL.M.)*
Leibniz Universität Hannover, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Arbeits- und Wirtschaftsrecht
Art. 8 Rom I-VO, Art. 9 Rom II-VO
- Prof. Dr. Matthias Weller (Mag. rer. publ.)*
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Institut für deutsches und internationales Zivilverfahrensrecht
Art. 6 Rom II-VO

Das anwaltliche Mandat im internationalen Schuldrecht

Literatur: *Alio*, Die Neufassung der Brüssel I-Verordnung, NJW 2014, 2395; *Althammer*, Die prozessuale Wirkung materiellrechtlicher Leistungsortvereinbarungen (§ 29 Abs. 1, 2 ZPO), IPRax 2011, 342; *Amann*, Eigentumswerb unabhängig vom ausländischen Güterrecht?, MittBayNot 1986, 222; *Aufdermauer*, Eine Alternative? Die Schiedsabrede als Fluchthelfer vor deutschem AGB-Recht, Deutscher Anwaltsspiegel Nr. 17/2012, 8; *Bach*, Die Art und Weise der Zustellung in Art. 34 Nr. 2 EuGVVO: Autonomer Maßstab versus Nationales Zustellungsrecht, IPRax 2011, 241; *Bach*, Zurück in die Zukunft – Die dogmatische Einordnung der Rechtsscheinvollmacht im gemeineuropäischen IPR, IPRax 2011, 116; *Bachmayer*, Erbrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten bei gemischt-nationalen Ehen, BWNotZ 2009, 28; *von Bar*, Internationales Privatrecht, Bd. 2: Besonderer Teil, 1991; *von Bar/Mankowski*, Internationales Privatrecht, Bd. 1: Allgemeine Lehren, 2. Aufl. 2003; *Bardy*, Belehrungspflicht und Haftung des Notars in Fällen mit Auslandsberührung, MittRhNotK 1993, 305; *Behnen*, Die Haftung des falsus procurator im IPR – nach Geltung der Rom I- und Rom II-Verordnungen, IPRax 2011, 221; *Benzenberg*, Die Behandlung ausländischer Eingriffsnormen im Internationalen Privatrecht – Eine Studie unter Berücksichtigung des Internationalen Schuldrechts, 2008; *Berger*, Aufgaben und Grenzen der Parteiautonomie in der internationalen Wirtschaftsgerichtsbarkeit, RIW 1994, 12; *Bittmann*, Die Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung eines europäischen Vollstreckungstitels, IPRax 2008, 445; *Bischof/Klassen*, Hermesgedeckte Exportfinanzierung, RIW 2012, 769; *Bock*, Der Islam in der Entscheidungspraxis der Familiengerichte, NJW 2012, 122; *Brambrink*, Zur Prozesskostensicherheit nach Brexit auch in höherer Instanz, GRUR-Prax 2021, 257; *Braun*, Beklagten-schutz nach Art. 27 Nr. 2 EuGVÜ, 1992; *Brand*, Formularbuch Zivilverfahren mit Auslandsberührung, 2. Aufl. 2018; *Brand*, Die Verjährungsunterbrechung nach § 167 ZPO bei der Auslandszustellung, NJW 2004, 1138; *Brand*, Aktuelle Probleme bei Zivilrechtsstreiten mit Auslandsbezug – Zuständigkeit, Zustellung, Vollstreckung, HFR 2007, 229; *Brand*, US-Sammelklagen und kollektiver Rechtsschutz in der EU, NJW 2012, 1116; *Brand*, Persönlichkeitsrechtsverletzungen im Internet, E-Commerce und „fliegender Gerichtsstand“, NJW 2012, 127; *Brand*, Grenzüberschreitender Verbraucherschutz in der EU – Ungereimtheiten und Wertungswidersprüche im System des Europäischen Kollisions- und Verfahrensrechts, IPRax 2013, 126; *Brand*, Grenzüberschreitender kollektiver Rechtsschutz: Ausgewählte Probleme des internationalen Verfahrensrechts am Beispiel US-Amerikanischer Sammelklagen, in: Singer, Anwaltliches Berufsrecht, Berufsethik und Berufspraxis, 2015, S. 209; *Brand*, Deliktsschadensersatz und Torpedo-Klagen – Ein Beitrag zum Prioritätsprinzip nach Art. 29 Abs. 1 EuGVVO am Beispiel des Kartellschadensersatzes, IPRax 2016, 314; *Brand*, Grenzen zivilprozessualer Wahrheit und Gerechtigkeit, NJW 2017, 3558; *Brand*, Zuständigkeit und anwendbares Recht bei Kartellschadensersatzklagen. Anm. zu LG Düsseldorf 19.11.2015 – 14d O 4/14, IPRax 2017, 366; *Brand*, Internationale Zuständigkeit bei Prozessaufrechnungen – Prozessuales Aufrechnungsverbot und Zurückbehaltungsrechte des Beklagten im inländischen Passivprozess bei Vereinbarung eines ausländischen Gerichtsstands für die Gegenforderung (OLG München, S. 314), IPRax 2019, 294; *Brand*, Die internationale Anerkennung und Vollstreckung verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen, IPRax 2020, 210; *Brand*, Das Richterbild aus der Sicht der Anwaltschaft, DRiZ 2023, S. 176; *Brand/Reichhelm*, Fehlerhafte Auslandszustellung – ein Beitrag zur Frage der „ordnungsgemäßen Zustellung“ nach Art. 27 I Nr. 2 EuGVÜ und zu den Folgen einer fehlerhaften Zustellung, IPRax 2001, 173; *Brockmeier*, Punitive damages, multiple damages and deutscher ordre public, 1999; *Cohn*, Kein Zustandekommen von Gerichtsstandsvereinbarungen durch stillschweigende Annahme im Verhältnis zu Großbritannien, AWD 1972, 601; *Danda*, The concept of the weaker party in direct actions against the insurer (EuGH, Rs. C-393/20, S. 69), IPRax 2023, 24; *Drasch*, Einbeziehungs- und Inhaltskontrolle vorformulierter Geschäftsbedingungen im Anwendungsbereich des UN-Kaufrecht, 1999; *Duden*, IPR im Ungefähr – Nichtermittelbarkeit ausländischen Rechts, Ersatzrechtsanwendung und Offenlassen des anwendbaren Rechts (OLG Hamburg, S. 90), IPRax 2023, 49; *Dutta*, Kollidierende Rechtswahlklauseln in allgemeinen Geschäftsbedingungen, Ein Beitrag zur Bestimmung des Rechtswahlstatuts, ZVglRWiss. 104 (2005), 461; *Dutta*, Das Statut der Haftung aus Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte, IPRax 2009, 293; *Eidenmüller*, Recht als Produkt, JZ 2009, 641; *Engert/Groh*, Internationaler Kapitalanlegerschutz vor dem Bundesgerichtshof, IPRax 2011, 458; *Fabig/Windau*, Übersetzungen bei Auslandszustellung innerhalb der EU?, NJW 2017, 2502; *Fabig/Windau*, Die Neufassungen der Europäischen Zustellungs- und Beweisnahmeverordnungen, NJW 2022, 1977; *Fleischhauer*, Europäisches Gemeinschaftsrecht und notarielles Berufsrecht, DNotZ 2002, 325; *Freitag*, Ausländische Eingriffsnormen vor deutschen Gerichten, NJW 2018, 430; *Frenz/Miermeister*, BNotO, 5. Aufl. 2020; *Ganssauge*, Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht bei Verbraucherverträgen im Internet, 2004; *Geimer*, Der doppelte Schutz des Beklagten, der sich auf den Erstprozess nicht eingelassen hat, gemäß Art. 20 II–III und Art. 27 Nr. 2 EuGVÜ, IPRax 1985, 6; *Giltsberg*, Kein wirtschaftlicher Erfolg ohne erfolgreiches Rechtssystem, AnwBl. 2014, 946; *Gössl*, Die Vollstreckung von dynamischen Zinssätzen unter der neuen EuGVVO, NJW 2014, 3479; *Gössl*, Die Entwicklung des Internationalen Privatrechts 2021 bis 2022, NJW 2022, 3750; *Graf von Westphalen*, Verbraucherschutz nach zwei Jahrzehnten Klauselrichtlinie, NJW 2013, 961; *Graupner*, Zum Abschluss von Gerichtsstandsvereinbarungen nach englischem Recht, AWD 1973, 192; *Grohmann*, Die Reform der EuGVVO, ZIP 2015, 16; *Gruber*, Die Anwendung ausländischen Rechts durch deutsche Gerichte, ZRP 1992, 6; *Halfmeier*, Die Vollstreckungsgegenklage im Recht der internationalen Zuständigkeit, IPRax 2007, 381; *von Hein*, Das Günstigkeitsprinzip im Internationalen Deliktsrecht, 1999; *von Hein*, Europäisches Internationales Deliktsrecht nach der Rom II-VO, 6 (12), ZEuP 2009, 6; *von Hein*, Die Produkt-haftung des Zulieferers im Europäischen und Internationalen Zivilprozessrecht, IPRax 2010, 330; *Hess*, Die Anerkennung eines Class Action Settlement in Deutschland, JZ 2000, 373; *Hess*, Europäischer Vollstreckungstitel und nationale Vollstreckungsgegenklage, IPRax 2004, 493; *Hess*, Aktuelle Brennpunkte des transatlantischen Justizkonflikts, AG 2005, 897; *Hess*, Übersetzungserfordernis im Europäischen Zivilverfahrensrecht, IPRax 2008, 400; *Hejger*, Sachverständige für ausländisches und internationales Privatrecht, DNotZ 2003, 310; *Hobeck/Stubbe*, Genese einer Schiedsklausel, SchiedsVZ 2003, 15; *Hohloch*, Rechtswahl im internationalen Deliktsrecht, NZV 1988, 161; *Hohloch*, The Rome II Regulation: An overview – place of injury, habitual residence, closer connection and substantive scope: The basic principles. Yearbook Private International Law 9, 2007; *Hußtege*, Zur Ermittlung ausländischen Rechts – Wie man in den Wald hineinruft, so hallt es auch zurück, IPRax 2002, 292; *Illmer*, The new European Private International Law of Product Liability – Steering Through Troubled Waters, RabelsZ 2009, 269; *Jastrow*, Europäische Zustellung und Beweisaufnahme 2004 – Neuregelungen im deutschen Recht und konsularische Beweisaufnahme, IPRax 2004, 11; *Jastrow*, Zur Ermittlung ausländischen Rechts – Was leistet das Londoner Auskunftsübereinkommen in der Praxis?, IPRax 2004, 402; *Jayme*, Nationaler ordre public und europäische Integration – Betrachtungen zum Krombach-Urteil des EuGH, Wien, 2000;

Das anwaltliche Mandat im internationalen Schuldrecht

Junker, Die Rom II-Verordnung: Neues Internationales Deliktsrecht auf europäischer Grundlage, NJW 2007, 3675; *Junker*, Der Reformbedarf im Internationalen Deliktsrecht der Rom II-VO 3 Jahre nach ihrer Verabschiedung, RIW 2010, 257; *Kampf*, UN-Kaufrecht und Kollisionsrecht, RIW 2009, 297; *Kieninger*, Wettbewerb der Privatrechtsordnungen im Europäischen Binnenmarkt, 2002; *Kilian/Müller*, Öffentlich-Rechtliches Preisrecht als Eingriffsnorm iSd Art. 34 EGBGB (zu BGH VII ZR 169/02), IPRax 2003, 436; *Klemm*, Erfüllungsortvereinbarungen im Europäischen Zivilverfahrensrecht, Bd. 2, 2005; *Koch*, Wider den formularmäßigen Ausschluss des UN-Kaufrechts, NJW 2000, 910; *Kondring*, Flucht vor dem deutschen AGB-Recht bei Inlandsverträgen, RIW 2010, 184; *Kondring*, § 105 I ZPO und die Abwahl einfach zwingenden Rechts bei Binnensachverhalten, ZIP 2017, 706; *Kondring*, Die internationale Zustellung per WhatsApp: Betrachtungen zum HZÜ und zum deutsch-britischen Abkommen von 1928 im Urteils- und Anerkennungsverfahren (OLG Frankfurt a.M., S. 625), IPRax 2022, 577; *Kramme*, Die Einbeziehung von Pflichtinformationen in Fernabsatz- und Außergeschäftsraumverträge, NJW 2015, 279; *Kreuzer*, Einheitsrecht als Ersatzrecht – Zur Frage der Nichtermittelbarkeit fremden Rechts, NJW 1983, 1943; *Kropholler*, Internationales Privatrecht, 6. Aufl. 2006; *Kropholler*, FS Firsching, 1985, S. 165; *Kunda*, Defining Internationally Mandatory Rules in European Private International Law of Contracts, GPR 2007, 210; *Lagarde*, Développements futurs du droit international privé dans une Europe en voie d'unification: quelques conjectures, RabelsZ 2004, 225; *Leible*, Rechtswahl im IPR der außervertraglichen Schuldverhältnisse nach der ROM II-Verordnung, RIW 2008, 257; *Leible/Lehmann*, Die neue EG-Verordnung über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht („Rom II“), RIW 2007, 721; *Looschelders*, Grenzüberschreitende Durchsetzung von Vereinbarungen über eine Morgengabe und Anerkennung familiengerichtlicher Entscheidungen im deutsch-iranischen Rechtsverkehr (OLG Celle, S. 563 und OLG Hamburg, S. 565), IPRax 2021, 527; *Magnus*, Die Rom I-Verordnung, IPRax 2010, 27; *Mankowski*, Privatgutachten über ausländisches Recht – Erstattungsfähigkeit der Kosten, MDR 2001, 194; *Mankowski* in: Aufbruch nach Europa, 75 Jahre Max-Planck-Institut für Privatrecht, 2001, S. 595; *Mankowski*, Überlegungen zur sach- und interessengerechten Rechtswahl für Verträge des internationalen Wirtschaftsverkehrs, RIW 2003, 2; *Mankowski*, Entwicklungen im Internationalen Privat- und Prozessrecht 2003/2004 (Teil I), RIW 2004, 481; *Mankowski*, Der Vorschlag für die Rom I-Verordnung, IPRax 2006, 101; *Mankowski*, Die Rom I-Verordnung – Änderungen im europäischen IPR für Schuldverträge, IHR 2008, 133; *Mankowski*, Ausgewählte Einzelfragen zur Rom II-VO: Internationales Umwelthaftungsrecht, Internationales Kartellrecht, Renvoi, Parteiautonomie, IPRax 2010, 389; *Mann*, Die Anerkennungsfähigkeit von US-amerikanischen „class-action“-Urteilen, NJW 1994, 1189; *Mansel*, Gemeinschaftsrechtlicher Rahmen der Ordre public-Kontrolle bei der EuGVÜ-Urteilsanerkennung, IPRax 2001, 49; *Mansel*, Vermögensgerichtsstand und Inlandsbezug bei der Entscheidungs- und Anerkennungszuständigkeit am Beispiel der Anerkennung US-amerikanischer Urteile in Deutschland, FS für Erik Jayme, 2004, S. 561; *Mansel/Nordmeier*, Partei- und Anspruchsidentität im Sinne des Art. 27 Abs. 1 EuGVVO bei Mehrparteiprozessen – Ein Beitrag zur Konkretisierung des europäischen Streitgegenstandsbegriffs und der Kernbereichslehre, FS für Athanassios Kaissis, zum 65. Geburtstag, 2012, S. 629; *Mansel/Thorn/Wagner*, Europäisches Kollisionsrecht 2020: EU im Krisenmodus!, IPRax 2021, 105; *Mansel/Thorn/Wagner*, Europäisches Kollisionsrecht 2021: Digitalisierung als Aufgabe, IPRax 2022, 97; *Mansel/Thorn/Wagner*, Europäisches Kollisionsrecht 2022: Bewegung im internationalen Familienrecht, IPRax 2023, 109; *McGuire*, Grenzen der Rechtswahlfreiheit im Schiedsverfahrensrecht? Über das Verhältnis zwischen der Rom I-VO und § 1051 ZPO, SchiedsVZ 2011, 257; *Mes*, Beck'sches Prozessformularbuch, 13. Aufl. 2016; *Michaels/Schmidt*, Die Hamburger Leitlinien zur Ermittlung und Anwendung ausländischen Rechts in deutschen Verfahren, NJW 2024, 24; *Möller*, Auslandszustellung durch den Gerichtsvollzieher, NJW 2003, 1571; *Mörsdorf-Schulte*, Funktion und Dogmatik US-amerikanischer punitive damages, 1999; *Nehne*, Die Internationale Geschäftsführung ohne Auftrag nach der ROM II-Verordnung – Anknüpfungsgegenstand und Anknüpfungspunkte, IPRax 2012, 136; *Netzer*, Legal Tech und kollektive Rechtsverfolgung – Die geplante Musterfeststellungsklage – (k)ein Fall für den digitalen Zivilprozess?, AnwBl. 2018, 280; *Nietsch/Wiedmann*, Adressatenkreis und sachlicher Anwendungsbereich des neuen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, NJW 2022, 1; *Niggemann*, Eingriffsnormen auf dem Vormarsch, IPRax 2009, 444; *Niggemann*, Ausländische Beweissicherungsmaßnahmen im Rahmen der EuGVVO: Neue Ansätze, aber noch immer keine überzeugende Lösung, IPRax 2015, 75; *Nordmeier*, „Verfahrenskoordination nach Art. 27 EuGVVO bei ausschließlichen Gerichtsständen – zugleich zur Reichweite des Art. 22 Nr. 1 EuGVVO, IPRax 2015, 120; *Ostendorf*, Wirksame Wahl ausländischen Rechts auch bei fehlendem Auslandsbezug im Fall einer Schiedsgerichtsvereinbarung und ausländischem Schiedsort?, SchiedsVZ 2010, 234; *Paulus*, Abwehrstrategien gegen unberechtigte Klagen in den USA, RIW 2006, 258; *Pfeiffer*, Neues Internationales Vertragsrecht – Zur Rom I-Verordnung, EuZW 2008, 622; *Pfeiffer*, Die Abwahl des deutschen AGB-Rechts in Inlandsfällen bei Vereinbarung eines Schiedsverfahrens, NJW 2012, 1169; *Pika*, Schiedsvereinbarungsstatut und konkludente Rechtswahl (BGH, S. 544), IPRax 2021, 508; *Piltz*, Gestaltung vom Exportverträgen nach der Schuldrechtsreform, IHR 2002, 2; *Piltz*, Vom EuGVÜ zur Brüssel-I-VO, NJW 2002, 789; *Piltz*, AGB in UN-Kaufverträgen, IHR 2004, 133; *Plafmeier*, Ungerechtfertigte Bereicherung im Internationalen Privatrecht und aus rechtsvergleichender Sicht, Berlin 1996; *Reimann*, Conflict of Laws in Western Europe, A Guide through the Jungle, Transnational Publishers, 1995; *Richter*, Internationale Klagezustellung nach der neugefassten EuZustVO, IPRax 2022, 433; *Roth*, Der Einwand der Nichtzustellung des verfahrenseinleitenden Schriftstücks (Art. 34 Nr. 2, 54 EuGVVO) und die Anforderungen an Versäumnisurteile im Lichte des Art. 34 Nr. 1 EuGVVO (EuGH, S. 427), IPRax 2013, 402; *Rott*, Bedrohung des Verbraucherschutzes im Internationalen Verfahrens- und Privatrecht durch den Binnenmarkt, EuZW 2005, 167; *Rugullis*, Die antizipierte Rechtswahl in außervertraglichen Schuldverhältnissen, IPRax 2008, 319; *Ruster*, Die rückwirkende Heilung schwebend unwirksamer EU-Auslandszustellungen, NJW 2019, 3186; *Schaub*, Grundlagen und Entwicklungstendenzen des europäischen Kollisionsrechts, JZ 2005, 328; *Schäuble/Kaltenbach*, Die Zuständigkeit deutscher Gerichte nach den Vorschriften der EuGVVO, JuS 2012, 131; *Schillo*, UN-Kaufrecht oder BGB? – Die Qual der Wahl beim internationalen Warenkaufvertrag – Vergleichende Hinweise zur Rechtswahl beim Abschluss von Verträgen, IHR 2003, 257; *Schippel*, Der europäische Kodex des notariellen Standesrechts, DNotZ 1995, 334; *Schlosser/Hess*, EU-Zivilprozessrecht, 5. Aufl. 2021; *Schmidt*, Parteizustellung im Ausland durch Einschreiben mit Rückschein – Ein gangbarer Weg? – Anmerkungen zum neuen Zustellungsrecht und dem EG-Beweisnahmeführungsgesetz, IPRax 2004, 13; *Schmidt-Kessel*, Einbeziehung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen unter UN-Kaufrecht, NJW 2002, 3444; *Schmidt-Kessel/Meyer*, Allgemeine Geschäftsbedingungen und UN-Kaufrecht, IHR 2008, 177; *Schneider*, Vertrauensverlust durch Rechtsrisiken, EuZW 2017, 489; *Schotten*, Der Schutz des Rechtsverkehrs im Internationalen Privatrecht, DNotZ 1994, 670; *Schütze*, Klagen vor US-amerikanischen Gerichten – Probleme und Abwehrstrategien, RIW 2005, 579; *Schütze*, Übersetzungen im Europäischen und Internationalen Zivilprozessrecht – Probleme der Zustellung, RIW

2006, 352; *Schütze*, Zur Verpflichtung englischer Kläger zur Sicherheitsleistung für die Prozesskosten (§ 110 ZPO) (OLG Frankfurt a.M., S. 521), IPRax 2022, 481; *Schwab/Giesmann*, Die Verbraucherrechtlichkeitslinie: Ein wichtiger Schritt zur Vollharmonisierung im Binnenmarkt, EuZW 2012, 253; *Schwab/Walter*, Schiedsgerichtsbarkeit, 7. Aufl. 2005; *Seibl*, Kollisionsrechtliche Probleme im Zusammenhang mit einem Mietwagenunfall im Ausland – Anknüpfungsgrundsätze, Haftungsbeschränkung und grobe Fahrlässigkeit (BGH, S. 367), IPRax 2010, 347; *Seibl*, Verbrauchergerichtsstände, Vorprozessuale Dispositionen und Zuständigkeitsprobleme bei Ansprüchen aus c.i.c., IPRax 2011, 234; *Seitz*, Funktion und Dogmatik US-amerikanischer punitive damages, multiple damages und deutscher ordre public., NJW 2001, 134; *Sellner/Külpmann*, Rechtsschutz bei der Gewährung von Ausführgewährleistungen des Bundes, RIW 2003, 410; *Simon/Buschmann*, Die neue EU-Erbrechtsverordnung, NJW 2012, 2393; *Sommerlad/Schrey*, Die Ermittlung ausländischen Rechts im Zivilprozessrecht und die Folgen, NJW 1991, 1377; *Sonnenberger*, Eingriffsrecht – Das Trojanische Pferd im IPR oder notwendige Ergänzung?, IPRax 2003, 104; *Spickhoff*, Die Produkthaftung im Europäischen Kollisions- und Zivilverfahrensrecht, FS für Jan Kropholler zum 70. Geburtstag, 2008, S. 671; *Stadler*, Das Europäische Zivilprozessrecht – Wie viel Beschleunigung verträgt Europa?, IPRax 2004, 2; *Stadler*, Ordnungsgemäße Zustellung im Wege der remise auparquet und Heilung von Zustellungsfehlern nach der Europäischen Zustellungsverordnung (EuGH, S. 151 und EuGH, S. 157), IPRax 2006, 116; *Staudinger*, Der ordre-public-Einwand im Europäischen Zivilverfahrensrecht, The European Legal Forum 5–2004, S. 273; *Stein/Schnichels/Lenzing*, Die Entwicklung des europäischen Zivilprozessrechts im Bereich der EuGVVO im Jahr 2021, EuZW 2022, 1094; *Stürner*, Kollisionsrecht und Optionales Instrument, GPR 2011, 236; *Stumpf-Steinberger*, Bedeutung von internationalen Schiedsgerichten und ihre Vereinbarung in verschiedenen Ländergruppen, RIW 1990, 174; *Tamm*, Die 28. Rechtsverordnung der EU: Gedanken zur Einführung eines grenzüberschreitenden B2C Vertragsrechts, GPR 2010, 281; *Thiemeyer*, Europäische Integration: Motive-Prozesse-Strukturen, 2010; *Thode*, Windhunde und Torpedos, BauR 2005, 1533; *Thode*, Die Rom I-Verordnung, NZBau 2011, 449; *Tsikrikas*, Probleme der Zustellung durch die Post im europäischen Rechtsverkehr, ZZPInt 2003, 309; *Ungerer*, Folgen des harten Brexit im Internationalen Privat- und Zivilverfahrensrecht, NJW 2021, 1270; *Valdini*, Gesetzesreform durch die Hintertür? Die Abwahl zwingenden Rechts durch Schiedsabreden bei Inlandssachverhalten, ZIP 2017, 7; *Völker*, Zur Dogmatik des ordre public – Die Vorbehaltsklauseln bei der Anerkennung fremder gerichtlicher Entscheidungen und ihr Verhältnis zum ordre public des Kollisionsrechts, Berlin, 1998; *Wächter*, Das Kollisionsrecht der Schiedsvereinbarung, SchiedsVZ 2023, 21; *Wagner*, Das Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 805/2004 zum europäischen Vollstreckungstitel – unter besonderer Berücksichtigung der Vollstreckungsabwehrklage, IPRax 2005, 401; *Wagner*, Die neue ROM II-Verordnung, IPRax 2008, 1; *Wagner*, Dispute Resolution as a Product: Competition between Civil Justice Systems, in: Eidenmüller, Regulatory Competition in Contract Law and Dispute Resolution, 2013, S. 347; *Wagner*, Aktuelle Entwicklungen in der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen, NJW 2017, 1796; *Wagner*, Rechtsstandort Deutschland im Wettbewerb, NJW-aktuell 7/2018, 12; *Wagner*, Neuigkeiten zum internationalen Zivilverfahrensrecht, EuZW 2022, 733; *Wendehorst*, Das neue Gesetz zur Umsetzung der Verbraucherrechtlichkeitslinie, NJW 2014, 577; *Wernicke*, Perspektiven des deutschen Rechts im Wettbewerbs der Rechtsordnungen – Zwischen europäischem Vertrauensverlust und privatautonomer Renaissance, NJW 2017, 3038; *Wilke*, Verbraucherschutz im internationalen Zuständigkeitsrecht der EU – Status quo und Zukunftsprobleme, EuZW 2015, 13; *Wurmnest*, Forum Shopping bei Kartellschadensersatzklagen und die Kartellschadensersatzrichtlinie, NZKart 2017, 2.

I. Einführung	1	3. Beratende Praxis im Zusammenhang mit der Rom II-VO	29
II. Die anwaltliche Beratungspraxis	12	a) Anwendungsbereich	29
1. Allgemeines	12	b) Rechtswahl	32
2. Beratende Praxis im Zusammenhang mit der Rom I-VO	17	III. Forensische Praxis	40
a) Rechtswahl	17	1. Allgemeines	40
b) Rechtswahl und UN-Kaufrecht	25	2. Zuständigkeit	42
c) Die Bedeutung von Gerichtsstandsvereinbarungen im Rahmen von internationalen Vertragsverhandlungen	27	3. Zustellung	45
d) Schiedsvereinbarungen	28	4. Ermittlung und Beweis ausländischen Rechts	51
		5. Anerkennung und Vollstreckung	56
		IV. Schlussbemerkung	61

I. Einführung

Das Internationale Privatrecht und das Internationale Zivilprozessrecht stellen klassisches Rechtsanwendungsrecht dar.¹ Beide haben die Funktion, die sachgerechte Lösung von grenzüberschreitenden Rechtsproblemen zu ermöglichen. Dabei besteht die große Bedeutung des Internationalen Privatrechts nicht nur in der Bereitstellung eines Mechanismus zur Lösung von Rechtsstreitigkeiten. Das Internationale Privatrecht hat im Schuldrecht insbesondere die Funktion, von Anfang an Rechtssicherheit für die an einem solchen grenzüberschreitenden Schuldverhältnis beteiligten Parteien zu schaffen.² Deshalb spielt das Internationale Privatrecht bei Weitem nicht nur in der forensischen, sondern insbesondere in der rechtsgestaltenden und -beratenden anwaltlichen Praxis eine immer bedeutsamere Rolle. Dies hängt vor allem mit der immer enger werdenden internationalen Verflechtung der Wirtschaftsbeziehungen zusammen, die sich nicht nur auf den Raum der Europäischen Union, sondern darüber hinaus auch auf das gesamte „global village“ bezieht.

1 v. Bar/Mankowski IPR AT § 1 Rn. 2; Geimer IntZivil- 2 Kropholler IPR § 4 IV, 30; Magnus IPRax 2010, 27
 ProzR Rn. 18. (27 f.).

Das anwaltliche Mandat im internationalen Schuldrecht

- 2** Rechtsstaatlichkeit im Allgemeinen und die Verlässlichkeit von Vertragsbeziehungen im Besonderen haben die Rechtssicherheit zur unabdingbaren Voraussetzung. Rechtssicherheit lebt von der Vorhersehbarkeit der Rechtsanwendung.³ Die über einen Vertragsabschluss verhandelnden Parteien können nur dann die mit dem Vertragsabschluss verbundenen wirtschaftlichen Risiken einschätzen und eingehen, wenn sie sich über den Inhalt der über den reinen Vertragstext hinausgehenden Rechtsvorschriften im Klaren sind, wenn ihre Rechte und Pflichten, die sich aus dem Gesetz ergeben, feststehen und wenn sie so Vorsorge für den „worst case“ treffen können, nämlich für den Fall von Störungen in der Vertragsabwicklung. Klarheit über das anwendbare Recht und über den Gerichtsstand zu schaffen, gehört deshalb zu den unabdingbaren Bestandteilen der anwaltlichen beratenden Tätigkeit. Dass dies in der forensischen Tätigkeit eine nicht mindergroße Rolle spielt, bedarf keiner Erläuterung.
- 3** Durch die **Rom I-VO**⁴ und die **Rom II-VO**⁵ ist ein weitgehend vereinheitlichtes europäisches Kollisionsrecht für vertragliche und außervertragliche Schuldverhältnisse geschaffen worden. Schon die Erwägungsgründe für beide Verordnungen erklären es zum allgemeinen Ziel dieser europäischen Rechtsakte, einen Beitrag zur Rechtssicherheit im europäischen Rechtsraum zu leisten.⁶ Dabei ist die Verschränkung von Internationalem Privatrecht und Internationalem Zivilprozessrecht zur Herstellung von Rechtssicherheit und Vorhersehbarkeit ein entscheidender Faktor.⁷ Während das außereuropäische Internationale Zivilprozessrecht im Allgemeinen und auch das durch die Brüssel Ia-VO⁸ normierte Europäische Internationale Zivilprozessrecht durch die dort vorgesehenen Wahlgerichtsstände ein „forum shopping“ im Interesse des jeweiligen Mandanten ermöglichen,⁹ führt die Vereinheitlichung des Kollisionsrechts zu einer deutlichen Einschränkung der „Wettläufe“ um den Gerichtsstand, zumindest im Bereich der Europäischen Union. Das „forum shopping“ eröffnet zwar den Parteien im Falle eines Rechtsstreits erhebliche Angriffsmöglichkeiten und schafft insbesondere für die anwaltlichen Berater und Vertreter die Möglichkeit zum Nachweis ihrer anwaltlichen Kunst,¹⁰ ist aber – so legitim es ist¹¹ – durchaus auch ein rechtsstaatliches Ärgernis. Insofern war die Brüssel I-VO nur ein erster Schritt, der durch die Rom I-VO und die Rom II-VO seine Fortsetzung gefunden hat. Zwar ist es sinnvoll und richtig, Wahlgerichtsstände vorzusehen,¹² sie eröffnen jedoch ohne ein einheitliches Kollisionsrecht häufig die Möglichkeit, es dem Wahlrecht des Klägers zu überlassen, welches Recht auf eine bestimmte Rechtsstreitigkeit angewandt wird. Der anwaltlich beratene Kläger wird als Kriterium für die Auswahl eines eröffneten Wahlgerichtsstandes stets das für ihn günstigere materielle Recht berücksichtigen, das nach den Kollisionsregeln des Gerichtsstaates angewandt werden würde, wenn denn keine Rechtswahl getroffen wird. Durch die Vereinheitlichung der Kollisionsnormen durch die Rom I-VO und die Rom II-VO fällt dieses Kriterium zumindest innerhalb der Europäischen Union für die in den Verordnungen geregelten Rechtsgebiete weg.¹³ Dies gilt jedenfalls dann, wenn sichergestellt ist, dass das zuständige Gericht das ggf. anzuwendende ausländische Recht auch richtig anwendet, was

3 Kropholler IPR § 4 IV, 30.

4 Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 17.6.2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I), ABl. 2008 L 177, 6; Berichtigung in ABl. 2009 L 309/87; in Kraft seit dem 17.12.2009.

5 Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 11.7.2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht, ABl. 2007 L 199, 40; in Kraft seit dem 11.1.2009.

6 Erwgr. 16 S. 1 zur Rom I-VO bzw. Erwgr. 6 zur Rom II-VO; s. hierzu auch Rauscher EuZPR/EuIPR/v. Hein Rom I-VO Einl. Rn. 1.

7 S. hierzu auch Gebauer/Wiedmann Einf. Rn. 185.

8 Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates v. 22.12.2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl. 2001 L 12, 1, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1791/2006, ABl. 2006 L 363, 1; novelliert durch Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des

Europäischen Parlaments und des Rates v. 12.12.2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl. 2012 L 351, 1, in Kraft seit dem 10.1.2015; → Rn. 56–60.

9 Mankowski RIW 2003, 2 ff.

10 Vgl. Kropholler FS Firsching, 1985, 165; Schack IntZivilVerfR Rn. 271 ff.; Geimer IntZivilProzR Rn. 1095 ff.; s. hierzu auch Schütze RIW 2005, 579 ff.; Paulus RIW 2006, 258 (260); Hess AG 2005, 897 ff.

11 Zur Bedeutung des forum shopping bei Kartellschadensersatzklagen und den Auswirkungen der Kartellschadensersatzrichtlinie vgl. auch Wurmnest NZKart 2017, 2 ff.

12 Vgl. dazu Brand FormB ZivilVerfAuslandsberührung A. I. 3 ff.

13 Vgl. Lagarde RabelsZ 2004, 225 (230); s. auch Rauscher EuZPR/EuIPR/v. Hein Rom I-VO Einl. Rn. 1.

leider keineswegs immer vorausgesetzt werden kann.¹⁴ Dass es deshalb nur in begründeten Ausnahmefällen sinnvoll ist, durch Gerichtsstands- und Rechtswahlvereinbarungen vorzusehen, dass Gerichte – wo auch immer – ihnen fremdes Recht anwenden müssen, ist eine Erfahrung der Praxis.

Ein weiterer für die Praxis bedeutsamer Vorteil, der durch die Vereinheitlichung der Kollisionsnormen im europäischen Rechtsraum geschaffen wird, ist der faktische Abschied von **Rück- und Weiterverweisungen**. Zwar gilt Art. 4 Abs. 1 EGBGB,¹⁵ der die Gesamtverweisung, also den Grundsatz, wonach die Verweisung der deutschen Kollisionsnorm auf ausländisches Recht auch dessen Kollisionsnormen umfasst,¹⁶ weiter. Diese Bestimmung wird allerdings ihre Bedeutung weitgehend verlieren. Dies folgt einerseits aus Art. 20 Rom I-VO für das vertragliche Schuldrecht und andererseits aus Art. 24 Rom II-VO für das außervertragliche Schuldrecht. Anders als Art. 4 Abs. 1 EGBGB gehen die beiden Verordnungen so weit, die kollisionsrechtlichen Verweisungen als ausschließliche Sachnormverweisungen zu betrachten, also vom Prinzip der Gesamtverweisung Abstand zu nehmen.¹⁷ Aufgrund der Tatsache, dass innerhalb der Europäischen Union für diese Materien ohnehin die Kollisionsnormen vereinheitlicht sind, könnten auch ohne diese Bestimmungen Rück- bzw. Weiterverweisungen bei Sachverhalten mit rein inner-europäischem Rechtsbezug nicht mehr vorkommen.¹⁸ Nachdem allerdings die beiden Verordnungen als Bestandteil der jeweils nationalen Internationalen Privatrechtsordnungen zum unmittelbaren nationalen Kollisionsrecht geworden sind, wird das Verbot der Rück- und Weiterverweisung im Wesentlichen Wirkung in solchen Fallkonstellationen entfalten, in denen Bezüge zu Drittstaaten außerhalb der Europäischen Union bestehen¹⁹, oder in denen zum Beispiel in Schiedsvereinbarungen mit der Rechtswahl zugleich die am Schiedsort geltenden Kollisionsnormen vereinbart werden.²⁰ Durch Art. 11 Rom III-VO²¹ sowie durch Art. 15 EuUnthVO²² und durch Art. 34 der EU-Erbrechtsverordnung²³ ist das Prinzip der Gesamtverweisung auch für die Bereiche des Scheidungs- und Erbrechts ausgeschlossen worden. Wie in der Rom I-VO und der Rom II-VO wurde dort normiert, dass von einer international privatrechtlichen Rechtsverweisung nur noch die Sachnormen umfasst sind. Somit wird Art. 4 Abs. 1 EGBGB zunächst lediglich noch für sachenrechtliche und gesellschaftsrechtliche Fragestellungen Bedeutung haben, also für alle anderen Rechtsgebiete weitgehend obsolet werden. Auf diese Weise wird ein erheblicher Beitrag zur Rechtssicherheit und zur Vorsehbarkeit des anwendbaren Rechts geleistet, der sich in der Praxis segensreich auswirken wird.

Dabei konnte schon bisher durch die vertragliche **Rechtswahl** die für die Parteien so wichtige Vorhersehbarkeit der Rechtsanwendung sichergestellt werden. Dies erkennt auch beispielsweise Erwägungsgrund II der Rom I-VO an, wonach die freie Rechtswahl der Parteien einer der Ecksteine des Systems der Kollisionsnormen im Bereich der vertraglichen Schuldverhältnisse ist. Gerade im internationalen schuldrechtlichen Mandat liegt dort einer der Schwerpunkte der beratenden Tätigkeit des Rechtsanwalts. Das Bedürfnis nach Beratung zum jeweils für die Partei günstigsten Recht im Vorfeld von Vertragsschlüssen wird mit der wachsenden Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen weiter wachsen. Dieses Bedürfnis werden die meist nur mit ihrem nationalen Recht vertrauten Rechtsberaterinnen und -berater allein kaum erfüllen

14 So ist bspw. von englischen Untergerichten, die häufig nicht mit Juristen auf der Richterbank besetzt sind, bekannt, dass sie zwar die Verpflichtung, ausländisches Recht anzuwenden, zur Kenntnis nehmen, dann aber in Ermangelung näherer Kenntnisse des ausländischen Rechts nicht etwa den Versuch unternehmen, den Inhalt des ausländischen Rechts zu ermitteln, sondern davon ausgehen, dass das ausländische Recht dem englischen Recht gleich ist. Auf diese Weise wenden sie dann im Ergebnis englisches Recht an. Gegen derartige Unsitten in der Rechtspraxis sind natürlich keinerlei gesetzgeberischen Kräfte gewachsen; s. zur deutschen Rechtslage der Anwendung der lex fori bei Nicht-Ermittelbarkeit des ausländischen materiellen Rechts → Rn. 55.

15 Kropholler IPR § 24 III, 178; NK-BGB/Freitag EGBGB Art. 4 Rn. 2 ff.

16 Vgl. Grüneberg/Thorn EGBGB Art. 4 Rn. 1.

17 S. Grüneberg/Thorn Rom I-VO Art. 20 Rn. 1; Grüneberg/Thorn Rom II-VO Art. 24 Rn. 1.

18 S. hierzu ausf. MüKoBGB/Martiny Rom I-VO Art. 20 Rn. 5.

19 Grüneberg/Thorn Rom II-VO Art. 24 Rn. 1.

20 MüKoBGB/Martiny Rom I-VO Art. 20 Rn. 5; s. aber die Auslegungsregel in Art. 28 Abs. 1 S. 2 UNCI-

TRAL-Modellgesetz über die Internationale Handelschiedsgerichtsbarkeit von 1985; s. hierzu auch BGH IPRax 2021, 544 mAnm Pika IPRax 2021, 508.

21 Verordnung (EU) Nr. 1259/2010 des Rates vom 20.12.2010 zur Durchführung einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts; seit dem 21.6.2012, ABl. 2010 L 343, 10.

22 Verordnung (EG) Nr. 4/2009 des Rates v. 18.12.2008 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen, ABl. 2009 L 7, 1 iVm Art. 12 des Haager Protokolls vom 23.11.2007 über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht, ABl. 2009 L 331, 19, auf die Art. 15 EuUnthVO verweist und der ebenfalls die Rück- und Weiterverweisung ausschließt.

23 Verordnung (EU) Nr. 650/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 4.7.2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines europäischen Nachlasszeugnisses, ABl. 2012 L 201, 107; s. hierzu ausf. Simon/Buschbaum NJW 2012, 2393 (2396).

Staates mitgewirkt oder sie gefördert haben, jedenfalls mitverantwortlich sein sollen.⁵⁸ Ein erster Schritt zu einer **Umformung der Rom II-VO**, die den Anforderungen dieser Art von grenzüberschreitender Rechtsverfolgung Rechnung trägt, könnte ein Rückbau tradierter staatlicher Privilegien sein,⁵⁹ etwa die angezeigte Eingliederung der Staats- und Amtshaftung in den sachlichen Anwendungsbereich der Rom II-VO (näher → Art. I Rn. 26–29). Ebenso ist mit Blick auf die grenzüberschreitende Haftung für Menschenrechtsverletzungen vorgeschlagen worden, eine Art Ubiquitätsprinzip einzuführen, nämlich die Grundanknüpfung (dh die Anknüpfung für alle Deliktstypen ohne besondere Anknüpfung nach Art. 5–13) auf den Handlungsort umzustellen, diese Anknüpfung aber zugunsten des Erfolgsorts zu durchbrechen, wenn der Schadenseintritt „objektiv“ vorhersehbar ist und der Geschädigte zudem – wie etwa auch nach Art. 7 – für das Recht des Erfolgsorts optiert hat.⁶⁰

Kapitel I Anwendungsbereich

Artikel 1 Anwendungsbereich

(1) ¹Diese Verordnung gilt für außervertragliche Schuldverhältnisse in Zivil- und Handelssachen, die eine Verbindung zum Recht verschiedener Staaten aufweisen. ²Sie gilt insbesondere nicht für Steuer- und Zollsachen, verwaltungsrechtliche Angelegenheiten oder die Haftung des Staates für Handlungen oder Unterlassungen im Rahmen der Ausübung hoheitlicher Rechte („acta iure imperii“).

(2) Vom Anwendungsbereich dieser Verordnung ausgenommen sind

- a) außervertragliche Schuldverhältnisse aus einem Familienverhältnis oder aus Verhältnissen, die nach dem auf diese Verhältnisse anzuwendenden Recht vergleichbare Wirkungen entfalten, einschließlich der Unterhaltspflichten;
- b) außervertragliche Schuldverhältnisse aus ehelichen Güterständen, aus Güterständen aufgrund von Verhältnissen, die nach dem auf diese Verhältnisse anzuwendenden Recht mit der Ehe vergleichbare Wirkungen entfalten, und aus Testamenten und Erbrecht;
- c) außervertragliche Schuldverhältnisse aus Wechseln, Schecks, Eigenwechseln und anderen handelbaren Wertpapieren, sofern die Verpflichtungen aus diesen anderen Wertpapieren aus deren Handelbarkeit entstehen;
- d) außervertragliche Schuldverhältnisse, die sich aus dem Gesellschaftsrecht, dem Vereinsrecht und dem Recht der juristischen Personen ergeben, wie die Errichtung durch Eintragung oder auf andere Weise, die Rechts- und Handlungsfähigkeit, die innere Verfassung und die Auflösung von Gesellschaften, Vereinen und juristischen Personen, die persönliche Haftung der Gesellschafter und der Organe für die Verbindlichkeiten einer Gesellschaft, eines Vereins oder einer juristischen Person sowie die persönliche Haftung der Rechnungsprüfer gegenüber einer Gesellschaft oder ihren Gesellschaftern bei der Pflichtprüfung der Rechnungslegungsunterlagen;
- e) außervertragliche Schuldverhältnisse aus den Beziehungen zwischen den Verfügenden, den Treuhändern und den Begünstigten eines durch Rechtsgeschäft errichteten „Trusts“;
- f) außervertragliche Schuldverhältnisse, die sich aus Schäden durch Kernenergie ergeben;
- g) außervertragliche Schuldverhältnisse aus der Verletzung der Privatsphäre oder der Persönlichkeitsrechte, einschließlich der Verleumdung.

(3) Diese Verordnung gilt unbeschadet der Artikel 21 und 22 nicht für den Beweis und das Verfahren.

(4) Im Sinne dieser Verordnung bezeichnet der Begriff „Mitgliedstaat“ jeden Mitgliedstaat mit Ausnahme Dänemarks.

Literatur: *Andrae*, Erneut zum Begriff „eheliche Güterstände“, IPRax 2017, 526; *Althammer*, Der Begriff der Familie als Anknüpfungspunkt im Europäischen Kollisions- und Verfahrensrecht, NZFam 2016, 629; *Bachner*, Kollisionsrechtliches zu § 38 UGB, FS Martin Schauer, 2022, 15; *Bajons*, OGH (contra EuGH): (Kein) Amtshaftungsanspruch bei Verletzung von Aufsichtspflichten durch einen beamteten Lehrer, ZfRV 2019, 196; *Bayh*, Die Bereichsausnahme auf dem Gebiet des Gesellschaftsrechts in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe d Verordnung Rom II, 2014; *Beig*, Grenze und Zusammenspiel zwischen Vertrag und Delikt, in: *Beig/Graf-Schimke/Grubinger/Schacherreiter*, Rom II-VO, 2008, 37; *Bizer*, Persönlichkeitsrechtsverletzung in sozialen Medien, 2022; *Bogdan*, Some Reflections on Contracts and Torts in

58 S. Knöfel FS Ulrich Magnus, 2014, 459 (462). Ein Beispiel bietet In re South Africa Apartheid Litigation, 617 F. Supp. 2nd 228 (S. D. N. Y. 2009); s. in neuerer Zeit insbes. Kiobel v. Royal Dutch Petroleum et al., 133 S. Ct. 1659 (2013), dazu Wernicke EuZW

2013, 401; Metz WM 2013, 2059; Webb 20 Aust. Int'l L. J. 131 (2013); Skinner 46 Colum. Hum. Rts. L. Rev. 158 (2014).

59 Knöfel FS Magnus, 2014, 459 ff.

60 Symeonides (2021/2022) 23 Yb. P. I. L., 171 (195 f.).

Cyberspace in view of Regulations Rome I and Rome II, in: *Liber amicorum Kurt Siehr*, 2010, 375; *Bogdan*, Contract or Tort under Art. 5 of the Brussels I Regulation: Tertium non Datur?, in: *FS Bernd v. Hoffmann*, 2011, 561; *Breidenstein*, Das anwendbare Recht bei Schutzanordnungen nach dem Gewaltschutzgesetz, *FamFR* 2012, 172; *Brkan*, Data Protection and Conflict-of-laws: A Challenging Relationship, *EDPL* 2016, 324; *Bücken*, Internationales Beweisrecht im Europäischen internationalen Schuldrecht, 2016; *Castendiek*, „Vertragliche“ Ansprüche Dritter im internationalen Privatrecht, *IPRax* 2022, 449; *Cremet*, Entschädigungsklagen wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen und Staatenimmunität vor nationaler Zivilgerichtsbarkeit, *ArchVR* 41 (2003), 137; *Crespi Reghizzi*, „Contratto“ e „illicito“: La qualificazione delle obbligazioni nel diritto internazionale privato dell'Unione europea, *Riv. dir. int. priv. proc.* 2012, 317; *Czempiel*, Die Zivilsache im Europäischen Zivilverfahrensrecht, 2021; *Czepelak*, Concurrent Causes of Action in the Rome I and II Regulations, (2011) 7 *J. Priv. Int. L.* 393; *Denninger*, Grenzüberschreitende Prospekthaftung und Internationales Privatrecht, 2015; *Dickinson*, Acts of state and the frontiers of private (international) law, (2018) 14 *J. Priv. Int. L.* 1; *Dutoit*, Le droit international privé des obligations non contractuelles à l'heure européenne: Le règlement Rome II, in: *Liber Fausto Pocar*, 2009, 309; *Dutta*, Die neuen Haftungsregeln für Ratingagenturen in der Europäischen Union: Zwischen Sachrechtsvereinheitlichung und europäischem Entscheidungseinklang, *WM* 2013, 1729; *Dutta*, Die Haftung amerikanischer Ratingagenturen in Europa – Die Rolle des internationalen Privatrechts, *IPRax* 2014, 33; *E. Eckert*, Die Auslegung und Reichweite des Art. 17 Rom II-VO, *GPR* 2015, 303; *Feraci*, La sentenza Lechouritou e l'ambito di applicazione ratione materiae della convenzione di Bruxelles del 27 settembre 1968, *Riv. dir. int. priv. proc.* 2007, 657; *Finkelmeier*, Qualifikation der Vindikation und des Eigentümer-Besitzer-Verhältnisses, 2016; *Fischer*, Zum Stand des Internationalen Arzthaftungsrechts nach den Verordnungen Rom I und Rom II, *MedR* 2014, 712; *Folkard*, The Effect of Rome II on National Procedural Law, (2015) 74 *C. L. J.* 37; *Freitag*, Rom I, Rom I – tertium est datur im Kollisionsrecht der Schuldverhältnisse!, *FS Ulrich Spellenberg*, 2010, 169; *Frohloff*, Das anwendbare Recht auf Kollisionen im Weltraum, *RabelsZ* 84 (2020), 593; *Fuchs*, Internationale Zuständigkeit bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen, in: *FS Matthias Neumayer*, 2023, 1211; *R. Geimer*, Los Desastres de la guerra und das Brüssel I-System, *IPRax* 2008, 225; *Gietzelt/Ungerer*, Die neue zivilrechtliche Haftung von Ratingagenturen nach Unionsrecht, *GPR* 2013, 333; *Göfßling*, Europäisches Kollisionsrecht und internationale Schiedsgerichtsbarkeit, 2019; *Habbe/Wimalasena*, Inanspruchnahme deutscher Gerichte bei rufschädigenden Internet-Äußerungen von Wettbewerbern im Ausland, *BB* 2015, 520; *Habersack/Ehrl*, Verantwortlichkeit inländischer Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen durch ausländische Zulieferer – de lege lata und de lege ferenda, *AcP* 219 (2019), 155; *Halfmeier*, Die Haftung von Ratingagenturen gegenüber Kapitalanlegern: Von Sydney lernen?, *VuR* 2014, 327; *Halfmeier*, Zur Rolle des Kollisionsrechts bei der zivilrechtlichen Haftung für Menschenrechtsverletzungen, in: *Krajewski/Oehm/Saage-Maaß*, Zivil- und strafrechtliche Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen, 2018, 33; *Hanner*, Internationales Kryptowertrecht, 2022; *Hau*, Zivilsachen mit grenzüberschreitendem Bezug, *GS Hannes Unberath*, 2015, 139; *Hausmann*, The Scope of Application of the Brussels I Regulation, in: *Pocar/Viarenco/Villata*, Recasting Brussels I, 2012, 3; *v. Hein*, Der Vorschlag der GEDIP für eine EU-Verordnung zum Internationalen Gesellschaftsrecht, in: *Liber amicorum Christian Kohler*, 2018, 551; *v. Hein*, Künstliche Intelligenz im Internationalen Deliktsrecht der EU, *FS Haimo Schack*, 2022, 428; *Hess*, Amtshaftung als „Zivilsache“ im Sinne von Art. 1 Abs. 1 EuGVÜ, *IPRax* 1994, 10; *Hess*, The Protection of Privacy in the Case Law of the CJEU, in: *Hess/Mariottini*, Protecting Privacy in Private International Law and by Data Protection – European and American Developments, 2015, 81; *Hess*, Back to the Past: BREXIT und das europäische internationale Privat- und Verfahrensrecht, *IPRax* 2016, 409; *Hohloch*, Place of Injury, Habitual Residence, Closer Connections and Substantive Scope – the Basic Principles, (2007) 9 *Yb. P.I.L.*, 1; *Hohloch*, Die „Bereichsausnahmen“ der Rom II-VO, Zum internationalen Privatrecht in und um Art. 1 Abs. 2 Rom II-VO, *IPRax* 2012, 110; *P. Huber*, Vertrag und Delikt im europäischen I(Z)PR, *IPRax* 2017, 356; *L. Hübner*, Eine Rom-VO für das Internationale Gesellschaftsrecht – zugleich ein Beitrag zur Kohärenz im Internationalen Gesellschaftsrecht, *ZGR* 2018, 149; *Kaminsky*, The Rome II Regulation – A Comparative Perspective on Federalizing Choice of Law, 85 *Tul. L. Rev.* 55 (2010); *Kirley*, Can Digital Speech Losen the Gordian Knot of Reputation Law?, 32 *Santa Clara High Tech L. J.* 171 (2016); *Kirsch*, Die Haftung des gesetzlichen Abschlussprüfers im Internationalen Privatrecht, 2018; *Chr. Kohler*, Abschied von der autonomen Auslegung des Begriffs „Zivil- und Handelssachen“ in der EuGVVO?, *IPRax* 2015, 52; *Knöfel*, Staats- und Amtshaftung im Europäischen Internationalen Privatrecht, in: *FS Ulrich Magnus*, 2014, 459; *Knöfel*, Zum Begriff „Zivil- und Handelssachen“ im Europäischen Zivilprozessrecht, *GPR* 2015, 251; *Knöfel*, Normenmix bei Amtshaftung mit Auslandsbezug, *IPRax* 2021, 392; *Chr. Kohler*, Conflict of Law Issues in the 2016 Data Protection Regulation of the European Union, *Riv. dir. int. priv. proc.* 2016, 653; *Krocker*, Medizintourismus im Internationalen Privat- und Zivilverfahrensrecht, *VuR* 2013, 243; *Leandro*, Limiti materiali del regolamento (CE) n. 44–2001 e immunità degli Stati esteri dalla giurisdizione: Il caso Lechouritou, *Riv. dir. int.* 90 (2007), 759; *M. Lehmann*, Der Anwendungsbereich der Rom I-Verordnung – Vertragsbegriff und vorvertragliche Rechtsverhältnisse, in: *Ferrari/Leible*, Ein neues Internationales Vertragsrecht für Europa, 2007, 17; *M. Lehmann*, Eine Lücke im europäischen Kollisionsrecht der Schuldverhältnisse? Die Haftung wegen Vermögensübernahme und wegen Fortführung eines Handelsgeschäfts, *IPRax* 2015, 495; *M. Lehmann*, Private international law and finance: nothing special?, *NIPR* 2018, 3; *M. Lehmann/Ungerer*, Regress unter Versicherern nach den Rom I- und Rom II-Verordnungen, *GPR* 2017, 134; *Lefter/Duagi*, The fiduciary guarantee in the Romanian and European legal context, *Juridical Tribune* 6 (2016), 103; *Lehr*, Internationale medienrechtliche Konflikte und Verfahren, *NJW* 2012, 705; *Lüttringhaus*, Das internationale Datenprivatrecht: Baustein des Wirtschaftskollisionsrechts des 21. Jahrhunderts, *ZVglRWiss* 117 (2018), 50; *Lyons*, The persistence of memory: the Lechouritou case and history before the European Court of Justice, (2007) 32 *ELR*, 563; *Magallón Elósegui*, El Reglamento Roma II y la ley aplicable a la responsabilidad civil derivada de actos contrarios a derechos humanos realizados por empresas en sus actividades transfronterizas, *AEDIPr* 2022, 203; *R. Magnus*, Unternehmenspersönlichkeitsrechte im digitalen Raum und Internationales Privatrecht, *RabelsZ* 84 (2020), 1; *U. Magnus*, Probleme des internationalen Atomhaftungsrechts, in: *FS Jan Kroppholler*, 2008, 595; *U. Magnus*, Anmerkungen zum sachlichen Anwendungsbereich der Rom I-Verordnung, in: *FS Gunther Kühne*, 2009, 779; *Mankowski*, Gerichtsbarkeit und internationale Zuständigkeit deutscher Zivilgerichte bei Menschenrechtsverletzungen, in: *v. Hoffmann*, Universalität der Menschenrechte, Kulturelle Pluralität, 2009, 139; *Mankowski*, Interessenpolitik und europäisches Kollisionsrecht, Rechtspolitische Überlegungen zur Rom I- und zur Rom II-Verordnung, 2011; *Mankowski*, Das Gesetz über die „Ehe für alle“, seine Folgen und sein europäisches Umfeld im Internationalen Privat- und Prozessrecht, *IPRax* 2017, 541; *Mankowski*, Schiedsgerichte und die Rom I-VO, *RIW* 2018, 1; *Mansel*, Internationales Privatrecht de lege lata wie de lege ferenda und Menschenrechtsverantwortlichkeit deutscher Unternehmen, *ZGR* 2018, 439; *Mansel*, Kollisionsrecht der

Bankauskunftsverträge und Bankauskunftschaftung, Liber amicorum Giuseppe B. Portale, 2019, 55; *Mansel/Kuhl*, Deliktis- und Gesellschaftsstatut: Qualifikation der Unternehmensverantwortlichkeit in Lieferketten und bei einer Klimahaftung, FS Christian v. Bar, 2022, 251; *Mansel/Thorn/Wagner*, Europäisches Kollisionsrecht 2011: Gegenläufige Entwicklungen, IPRax 2012, 1; *Marchetti*, The Rome II Regulation in Italian and Other National Courts, Riv. dir. int. priv. proc. 2017, 883; *Martiny*, Europäisches Internationales Schuldrecht – Kampf um Kohärenz und Weiterentwicklung, ZEuP 2013, 838; *Martiny*, Ausgleichsanspruch der regulierenden Kfz-Haftpflichtversicherung bei Gespännunfall im deutsch-litauischen Verhältnis, IPRax 2017, 360; *Martiny*, Europäisches Internationales Schuldrecht – Feinarbeit an Rom I- und Rom II-Verordnungen, ZEuP 2018, 218; *C. Mayer*, Haftung und Paarbeziehung, 2017; *F. Meier*, Unification of Choice-of-Law Rules for Defamation Claims, (2016) 12 J. Priv. Int. L. 492; *De Miguel Asensio*, Jurisdiction and Applicable Law in the New EU General Data Protection Regulation, REDI 2017, 75; *Muir Watt*, Les actes jure imperii et le Règlement Bruxelles I – A propos de l'affaire Lechouritou, Rev. crit. DIP 97 (2008), 61; *Muir Watt*, Note sous Cour suprême du Royaume-Uni, 3 août 2016, [2016] UKSC 52, Rev. crit. DIP 105 (2016), 675; *Nourissat*, Le champ d'application du règlement „Rome II“, in: Corneloup/Joubert, Le règlement communautaire „Rome II“ sur la loi applicable aux obligations non contractuelles, 2008, 13; *Nueber*, Nochmals: Schiedsgerichtsbarkeit ist vom Anwendungsbereich der Rom I-VO nicht erfasst, SchiedsVZ 2014, 186; *Oster*, Kommunikationsdeliktsrecht, 2019; *Oster*, Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht im Datenschutz, ZEuP 2021, 275; *Oster*, Gefällt Facebook nicht: Die Zählung eines Datenriens durch Internationales Datenschutz-Privatrecht, IPRax 2023, 198; *Pajor*, State Liability for the Damage Caused by Acta Iure Imperii in Private International Law, Rev. hell. dr. int. 64 (2011), 505; *D. Paulus*, Außervertragliche Gesellschafter- und Organwalterhaftung im Lichte des Unionskollisionsrechts, 2013; *Penadés Fons*, Brexit y el régimen de Ley aplicable a las obligaciones contractuales y non contractuales, AEDIPr 2017, 125; *Porcheron*, Les actions civiles transnationales en réparation des „crimes du passé“, Le droit international privé mis à l'épreuve, Rev. crit. DIP 109 (2020), 645; *Rieländer*, Treuhandverträge über Geschäftsanteile: Stärkung des Verbraucher kollisionsrechts und Präzisierung des sachlichen Anwendungsbereichs der Rom I-VO, IPRax 2020, 224; *Rieländer*, Anknüpfung der Produkthaftung für autonome Systeme, RabelsZ 87 (2023), 264; *Rödter*, Das Gesellschaftskollisionsrecht im Spannungsverhältnis zur Rom I- und II-VO, 2014; *W.-H. Roth*, Datenschutz, Verbandsklage, Rechtswahlklauseln in Verbraucherverträgen: Unionsrechtliche Vorgaben für das Kollisionsrecht, IPRax 2017, 449; *Rudolf*, Das Haager Straßenverkehrsübereinkommen und das Haager Produkthaftungsübereinkommen im Verhältnis zur Rom II-VO, Konkurrenz und Ergänzung, FS Martin Schauer, 2022, 463; *Rupp*, Verlobt, verlobt, rückgängig? Ansprüche bei der Auflösung von Verlobnissen aus grenzüberschreitender Perspektive, RabelsZ 83 (2019), 154; *Sackmann*, Die Beschränkung datenschutzrechtlicher Schadensersatzhaftung in Allgemeinen Geschäftsbedingungen, ZIP 2017, 2450; *Sancho Villa*, Exclusión de la responsabilidad del estado por actos Iure Imperii en Roma II: Consideraciones sobre la aplicación del reglamento a la responsabilidad del estado por actos Iure Gestiones, AEDIPr 2007, 353; *Schack*, Kohärenz im europäischen Internationalen Deliktsrecht, in: v. Hein/Rühl, Kohärenz im Internationalen Privat- und Verfahrensrecht der Europäischen Union, 2016, 279; *F. A. Schäfer*, Internationale Kapitalmarktinformationshaftung, ZGR 2020, 359; *R. Schaub*, Gemeinsame Strukturelemente der europäischen Verordnungen zum Internationalen Privatrecht, Jura 2017, 611; *R. Schaub*, Haftung des Betreibers eines Bewertungsportals, Zugleich Besprechung von BGH „www.yelp.de“, GRUR 2020, 494; *Schilf*, Römische IPR-Verordnungen – kein Korsett für internationale Schiedsgerichte, RIW 2013, 678; *Schinkels*, Bereicherungsrechtliche Qualifikation aber keine deliktis- zessorische Anknüpfung eines Rückzahlungsanspruchs aus täuschungsbedingter Überweisung (CEO-fraud) nach Art. 10 Rom II-VO, ZEuP 2018, 250; *A. Schneider*, Die Bedeutung der sog. Rom-Verordnungen für das Strafrecht, BRJ 2015, 13; *Schoeman*, Rome II and the Substance-Procedure Dichotomy: Crossing the Rubicon, [2010] LMCLQ 81; *Schollmeyer*, Das Europäische Konzernrecht als Elefant im Raum, ZGR 2023, 108; *M. Schröder*, Der Unternehmerregress beim Verbrauchsgüterkauf im Falle von grenzüberschreitenden Handelskäufen, 2017; *Schürhoff*, Haftung für Ansprüche aus Existenzvernichtung im Internationalen Privat- und Zivilverfahrensrecht, 2017; *Schwemmer*, Deliktische Direktansprüche der Gläubiger einer insolventen Einzelgesellschaft gegen die ausländische Großmuttergesellschaft, IPRax 2023, 149; *Sequeira*, The applicable law to business-related human rights torts under the Rome II Regulation, NIPR 2023, 619; *Spickhoff*, Grundfragen des Arzt-Patienten-Verhältnisses im Spiegel des Internationalen Privat- und Zivilprozessrechts, in: FS Bernd v. Hoffmann, 2011, 437; *Spiegel*, Immunität over de boeg van het materieel toepassingsgebied? Lechouritou c. s. tegen Duitsland, HvJ EG 15 februari 2007, NIPR 2007, 340; *Spindler*, Initial Coin Offerings und Prospektpflicht und -haftung, WM 2018, 2109; *Steinrötter*, Zuständigkeits- und kollisionsrechtliche Implikationen des europäischen Haftungsstatbestands für fehlerhaftes Rating, ZIP 2015, 110; *Steinrötter*, Der notorische Problemfall der grenzüberschreitenden Prospekthaftung, RIW 2015, 407; *M. Stürner*, Anwendbarkeit des EuGVÜ auf Kriegsverbrechen, GPR 2007, 300; *M. Stürner*, Staatenimmunität und Brüssel I-Verordnung, IPRax 2008, 197; *M. Stürner*, Zur Staatenimmunität bei Schadensersatzklagen wegen Kriegsverbrechen, GPR 2008, 179; *M. Stürner*, Staatenimmunität bei Entschädigungsklagen wegen Kriegsverbrechen, IPRax 2011, 600; *M. Stürner*, Transnationale Menschenrechtsverletzungen im Internationalen Privat- und Verfahrensrecht, IJPL 4 (2014), 350; *M. Stürner*, Zivilprozessuale Voraussetzungen für Klagen gegen transnationale Unternehmen wegen Menschenrechtsverletzungen, in: Krajewski/Oehm/Saage-Maaf, Zivil- und strafrechtliche Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen, 2018, 73; *Symeonides*, Rome II and Cross-Border Violations of Human Rights, Infringements of Personality Rights, and Other Cross-Border Torts, (2021/2022) 23 Yb. P. I. L., 171; *Thole*, Hoheitlich erlangte Beweismittel und die Einordnung wettbewerbsrechtlicher Klagen als Zivilsache i.S.d. Art. 1 EuGVVO, IPRax 2023, 547; *Thomale*, Rechtsquellen des Kapitalmarktdeliktsrechts – Eine Neuvermessung, NZG 2020, 328; *Thomale/L. Hübner*, Zivilgerichtliche Durchsetzung völkerrechtlicher Unternehmensverantwortung, JZ 2017, 385; *Thorn*, Schadensersatzansprüche der Zivilbevölkerung gegen ausländische Besatzungsmächte, BerDGesVR 44 (2010), 305; *Vogel*, Das Medienpersönlichkeitsrecht im Internationalen Privatrecht, 2014; *Vogeler*, Internationales Arzthaftungsrecht: Lücken und Tücken in der Praxis des IPR, VersR 2011, 588; *G. Wagner*, Die neue Rom II-Verordnung, IPRax 2008, 1; *R. Wagner*, Grenzüberschreitender Bezug in der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen, Eine Bestandsaufnahme, ZZP 131 (2018), 183; *Wais*, Digitale Persönlichkeitsrechtsverletzungen und anwendbares Recht, RabelsZ 87 (2023), 76; *Wilke*, Offensive Doppelsechs: Das IPR der Verbandsklage gegen AGB, GPR 2017, 21; *Wurmnest*, Die Rom II-VO in der deutschen Rechtspraxis – Bestandsaufnahme und Reformüberlegungen, ZVglRWiss 115 (2016), 624.

A. Anwendungsvoraussetzungen	1	II. Katalog der Ausnahmen	36
B. Außervertragliches Schuldverhältnis	4	1. Familienverhältnisse und Vergleichbares .	36
C. Verbindung zum Recht verschiedener Staaten	9	2. Schuldverhältnisse des Güter- und Erbrechts	40
D. Zivil- oder Handelssachen	12	3. Schuldverhältnisse aus handelbaren Wertpapieren	42
I. Allgemeine Grundsätze der Qualifikation ..	12	4. Schuldverhältnisse des Gesellschafts-, Vereins- und Verbandsrechts	46
II. Art. 6 Abs. 1 EMRK als Orientierungsmaßstab	17	5. Schuldverhältnisse mit Bezug zu Trusts ..	51
III. Angelegenheiten im Kernbereich des Privatrechts	19	6. Haftung für Schäden durch Kernenergie ..	52
IV. Angelegenheiten mit Bezug zum Öffentlichem Recht	21	7. Verletzungen der Privatsphäre oder der Persönlichkeitsrechte	55
V. Insbesondere: Staats- und Amtshaftung	26	F. Beweis und Verfahren (Abs. 3)	60
E. Bereichsausnahmen (Abs. 2)	32	G. Territorialer Geltungsbereich (Abs. 4)	62
I. Grundsätzliches	32		

A. Anwendungsvoraussetzungen

Art. 1 regelt den sachlichen Anwendungsbereich der Rom II-VO. Dieser ist weit. Die kumulativ erforderlichen **Anwendungsvoraussetzungen** bestehen darin, **1**

- dass ein „außervertragliches Schuldverhältnis“ (näher Art. 2) in Rede steht,
- dass das Schuldverhältnis eine „Verbindung zum Recht verschiedener Staaten“ (Abs. 1) aufweist,
- dass es sich um eine „Zivil- und Handelssache“ handelt (Abs. 1), nicht aber um eine Angelegenheit im Sinne der Bereichsausnahmen (Abs. 2) oder um Beweis- oder andere Verfahrensfragen (Abs. 3).

Ferner muss der territoriale Geltungsbereich der Rom II-VO (Abs. 4) eröffnet sein, dh es muss Anwendungsrecht und -pflicht gerade des angerufenen Gerichts bestehen. Kernaussage des Art. 1 ist die nähere Bestimmung des Begriffs „Zivil- und Handelssachen“.

Ist die Rom II-VO anwendbar, geht sie jedem sachlich einschlägigen autonomen IPR der Mitgliedstaaten vor. In ihrem Anwendungsbereich ist sie ex lege und ex officio anzuwenden.¹ In manchen Mitgliedstaaten soll der Anwendungsvorrang der VO immer noch nicht (hinreichend) beachtet werden.² Fehlt dagegen eine Anwendungsvoraussetzung, gilt idR das **autonome Kollisionsrecht** der Mitgliedstaaten, ggf. Staatsverträge kollisionsrechtlichen Gehalts. Es gibt indes **keine analoge Anwendung der Rom II-VO** auf Rechtssachen, die die VO nicht erfasst. Zur Rom I-VO und vorher zum EVÜ wurde und wird dies zwar gelegentlich vertreten,³ insbesondere im (schwer denkbaren) Fall eines Kollisionsnormenmangels, kann aber nicht überzeugen. Noch sind die Rom-Verordnungen selbstbeschränktes, sachlich bewusst begrenztes „Inselrecht“,⁴ dessen gewolltes Nebeneinander mit dem autonomen Kollisionsrecht geachtet werden muss, mag auch in der Zukunft das gesamte IPR der Mitgliedstaaten unional werden. Die Rom II-VO lässt unmittelbar erkennen, dass sie (noch) **keine abschließende Regelung** des gesamten Europäischen Kollisionsrechts für außervertragliche Schuldverhältnisse darstellt. Auf einem anderen Blatt steht es, dass manche Mitgliedstaaten durch autonome Gesetzgebung – und gleichsam „überschießend“⁵ – anordnen, dass die Rom II-VO der Sache nach auch auf außervertragliche Schuldverhältnisse angewandt wird, die die Verordnung selbst nicht **2**

1 Cass. 26.5.2021 – n° 19-15.102, Rev. crit. DIP 110 (2021), 850 note Gaudemet-Tallon; OGH 11.8.2015 – 4 Ob 225/14p, abrufbar unter <https://www.ris.bka.gv.at>; s. aber zur Praxis in Irland, wo es üblich sein soll, die Rom II-VO nur zur Anwendung zu bringen, wenn eine Partei sich darauf beruft (und ggf. die mit der Ermittlung fremden Rechts verbundene Kostenlast trägt) Ní Shúilleabháin in Guinchard Rome I and Rome II in Practice S. 267 (269); s. aus englischer Sicht auch British Institute of International and Comparative Law Study on the Rome II Regulation (EC) 864/2007 on the law applicable to non-contractual obligations (4.10.2021), JUST/2019/JCOO_FW_CIVI_0167, United Kingdom, 693 f. (Kinsler/Phelps).

2 Für Italien konstatiert dies Marchetti Riv. dir. int. priv. proc. 2017, 883 (885) und nennt dafür eine Entscheidung des Trib. Milano v. 11.1.2016 (ohne genaue Fundstelle), worin das autonome IPR (wohl zu Unrecht) anstelle der Rom II-VO angewandt worden sei. Für Tschechien finden sich ähnliche Befunde (mit Hinweisen auf die tschechische Rechtsprechung) bei Bříza/Hokr in Guinchard Rome I and Rome II in Practice S. 171 (173 f.).

3 BeckOK-BGB/Spickhoff Rom I-VO Art. 1 Rn. 51.

4 Begriff bei Hohloch IPRax 2012, 110; außerdem Freitag IPRax 2016, 418 (419 f.).

5 So Wais RabelsZ 87 (2023), 76 (114 f.); freilich trifft der Begriff „überschießend“ nicht völlig zu, da er für die Umsetzung von Richtlinienrecht reserviert und eigentlich besetzt ist.

regeln will,⁶ etwa auf Ansprüche wegen Persönlichkeitsrechtsverletzungen.⁷ Außerhalb des Geltungswillens der Rom II-VO sind die Mitgliedstaaten frei, ihr Delikt kollisionsrecht nach eigenem Belieben zu organisieren, auch dazu, kraft eines autonomen Entschlusses die Inhalte der Verordnung zur Geltung kommen zu lassen.⁸

- 3 Die Rom II-VO respektiert grundsätzlich die Anwendung von Vorschriften des Unionsrechts, „die für besondere Gegenstände Kollisionsnormen für außervertragliche Schuldverhältnisse enthalten“ (Art. 27, Erwägungsgrund 35 S. 2).⁹ Als *lex specialis* zur Rom II-VO spricht man zB Art. 3 DS-GVO¹⁰ an, soweit dort die räumliche bzw. internationale Anwendbarkeit der DS-GVO (gleichmaßen auf der öffentlich-rechtlichen und auf der datenprivatrechtlichen Ebene) bestimmt wird.¹¹ Insbesondere stört oder beschränkt die VO nicht anderes Kollisionsrecht unionalen Ursprungs, das zum Funktionieren des Binnenmarkts beiträgt und der Herstellung der Grundfreiheiten dient (Erwägungsgrund 35 S. 3, 4). Verstünde man zB das Herkunftslandprinzip nach Art. 3 Abs. 2 E-Commerce-Richtlinie¹² und nach Art. 3 Abs. 1 AVMD-Richtlinie,¹³ aus deutscher Sicht umgesetzt in § 3 TMG, kollisionsrechtlich,¹⁴ bliebe es von der Rom II-VO unberührt.¹⁵ Nach richtigem Verständnis enthalten Richtlinien indes kaum oder keine kollisionsrechtlichen Aussagen,¹⁶ nach der Rechtsprechung des EuGH zB nicht Art. 14b Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungs-Richtlinie,¹⁷

- 6 Beispiele: Art. 10:159 BW (Burgerlijk Wetboek) (Niederlande), Stb. 2011, 272; in Kraft seit 1.1.2012; s. dazu Oster IPRax 2023, 198 (201); Wais RabelsZ 87 (2023), 76 (113 ff.) sowie Art. 26 Abs. 2 Gesetz über das internationale Privatrecht (Zakon o međunarodnom privatnom pravu), NN 101/2017 (Kroatien); s. dazu Babić/Zgrabljčić in Guinchard Rome I and Rome II in Practice S. 131 (137 ff.).
- 7 Zu Art. 10:159 BW (Fn. 6) Rb. Gelderland 22.1.2020 – C/05/359703/HA ZA 19-49 1552 / 1496, ECLI:NL:RBGEL:2020:1082; Rb. Rotterdam 9.1.2019 – C/10/548802/HA ZA 18-414, ECLI:NL:RBROT:2019:110; Rb. Zeeland-West Brabant 31.8.2018 – C/02/346043/KG ZA 18-366, ECLI:NL:RBZWB:2018:5109; alle mit näheren Angaben und Kurzwiedergaben in British Institute of International and Comparative Law Study on the Rome II Regulation (EC) 864/2007 on the law applicable to non-contractual obligations (4.10.2021), JUST/2019/JCOO_FW_CIV1_0167, Netherlands, 412 f. (X. E. Kramer).
- 8 Babić/Zgrabljčić in Guinchard Rome I and Rome II in Practice S. 131 (136 f.); Wais RabelsZ 87 (2023), 76 (115).
- 9 S. dazu auch v. Bar/Mankowski IPR BT/Mankowski § 2 Rn. 33; Rauscher EuZPR/EuIPR/Scheller Rom II-VO Einl. Rn. 21.
- 10 Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 27.4.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung), ABl. 2016 L 119, 1.
- 11 v. Bar/Mankowski IPR BT/Mankowski § 2 Rn. 33; Thon RabelsZ 84 (2020), 24 (42); Oster ZEuP 2021, 275 (281); Oster IPRax 2023, 198 (204).
- 12 Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 8.6.2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt, ABl. 2000 L 178, 1.
- 13 Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates v. 10.3.2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste), ABl. 2010 L 95, 1, idF durch die Richtlinie 2018/1808/EU des Europäischen Parlaments und des Rates v. 14.11.2018 zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) im Hinblick auf sich verändernde Marktgegebenheiten, ABl. 2018 L 303, 69.
- 14 Verneinend allerdings BGH 8. 5.2012 – VI ZR 217/08, GRUR 2012, 850 (852) – www.rainbow.at II; BGH 14.5.2013 – VI ZR 269/12, GRUR 2013, 751 (752) – Autocomplete-Funktion; BGH 14.1.2020 – VI ZR 495/18, VersR 2020, 485 (487) Rn. 25 – www.yelp.de; BGH 14.1.2020 – VI ZR 496/18, ZIP 2020, 464 (465) Rn. 25 – www.yelp.de; BGH 14.1.2020 – VI ZR 497/18, ZUM-RD 2020, 186 (188) Rn. 25 – www.yelp.de; BGH 9.8.2022 – VI ZR 1244/20, GRUR-RS 2022, 21876 Rn. 17 = NJW 2022, 3072 – Hotelbewertungsportal (dazu Gössel NJW 2022, 3750 [3755]); OLG Stuttgart 2.10.2013 – 4 U 78/13, NJW-RR 2014, 423 (424). Der EuGH sieht zumindest keine Verpflichtung (aber eine Möglichkeit) der Mitgliedstaaten, aufgrund der E-Commerce-RL ein kollisionsrechtliches Herkunftslandprinzip zu schaffen, vgl. EuGH 25.10.2011 – C-509/09 u. C-161/10, NJW 2012, 137 (140 f.) Rn. 61–63 – eDate Advertising GmbH/X u. Martinez/MGN Limited; Überblick über den Stand der Diskussion bei Rauscher EuZPR/EuIPR/Pabst Rom II-VO Art. 6 Rn. 23–24; Lehr NJW 2012, 705 (709); Glöckner/Kur GRUR Beil. 2014, 29 (36); MüKoBGB/v. Hein EGBGB Art. 3 Rn. 80–83; Oster Kommunikationsdeliktsrecht S. 2019, 412 ff.; ferner Wais RabelsZ 87 (2023), 76 (92 f.).
- 15 LG Hamburg 23.5.2013 – 312 O 390/11, NJOZ 2013, 1981 (1983).
- 16 Martiny ZEuP 2018, 218 (221 f.); s. a. Martiny IPRax 2017, 306 (361).
- 17 RL 2009/103/EG v. 16.9.2009 über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und die Kontrolle der entsprechenden Versicherungspflicht, ABl. 2009 L 263, 11.

der vielmehr als sachrechtliche Regelung des sog. Einprämiensprinzips zu sehen ist.¹⁸ Stellen sachrechtsvereinheitlichende Vorschriften des Unionsrechts klar, dass sie sich zwar auf außervertragliche Schuldverhältnisse beziehen, aber selbst gerade nicht kollisionsrechtlich wirken wollen, lässt zB Art. 88 Abs. 2 GGMVO¹⁹ ausdrücklich Raum für „nationales Recht einschließlich (des) internationalen Privatrechts“, ist dies zwanglos als Verweisung auf die Rom II-VO zu verstehen.²⁰ Ähnlich verlangt Art. 35a Abs. 4 S. 1–2 RatingVO²¹ die Ausfüllung von Begriffen, die die zivilrechtliche Haftung von Ratingagenturen nach dieser Norm begründen, „gemäß den einschlägigen Bestimmungen des internationalen Privatrechts“, und beruft dadurch ebenfalls die Rom II-VO zur Anwendung.²² Zum klassischen (nicht-unionalen) internationalen Einheitsprivatrecht steht die Rom II-VO in einem Verhältnis der Koexistenz. Was das jeweilige Einheitsrechtsinstrument nicht regeln soll oder will, muss angeknüpft werden und fällt der Rom II-VO anheim, soweit es sich um ein außervertragliches Schuldverhältnis (→ Rn. 4–7) handelt.²³

B. Außervertragliches Schuldverhältnis

Die VO gilt nur für außervertragliche Schuldverhältnisse, und will diesen Begriff autonom bestimmt wissen (Erwägungsgrund II S. 2).²⁴ Sie grenzt sich dadurch insbesondere gegen die Rom I-VO ab, die ausweislich ihres Art. 1 „vertragliche Schuldverhältnisse in Zivil- und Handelssachen“ erfasst. Zum gemeinsamen und wechselbezüglich relevanten Kernbestand der beiden Verordnungen gehört damit die – in den mitgliedstaatlichen Sachrechten bei Weitem nicht einheitliche – **Abgrenzung von Vertrag und Delikt** (iwS).²⁵ Dementsprechend kann auf die Kommentierung zu Art. 1 Rom I-VO verwiesen werden. Im Interesse unionsrechtlich-autonomer Qualifikation²⁶ und der Einheit des Unionsrechts ist nach Möglichkeit²⁷ auch auf die etablierte Differenzierung zwischen den Anwendungsbereichen des Art. 7 Nr. 1 EuGVVO (Vertragsgerichtsstand) und des Art. 7 Nr. 2 EuGVVO (Deliktsgerichtsstand) zurückzugreifen.²⁸ Die Hauptlinie der dort entwickelten Unterscheidung²⁹ bildet die Frage, ob sich das jeweilige Rechtsverhältnis – aus Schuldnersicht – als **freiwillig übernommene (Selbst-)Verpflichtung** darstellt (dann ist es Vertrag)

- 18 EuGH 21.1.2016 – C-359/14 u. C-475/14, NJW 2016, 1005 (1006) Rn. 40 = IPRax 2017, 400 mAufS Martiny 360 – ERGO Insurance SE/If P&C Insurance AS, Gjensidige Baltic AAS/PZU Lietuva UAB DK; dazu Martiny ZEuP 2018, 218 (248); EuGH 31.1.2019 – C-149/18, EuZW 2019, 134 (136) Rn. 38–39 – Agostinho da Silva Martins/Dekra Claims Services Portugal SA, dazu Mankowski LMK 2019, 417905; Armbrüster EuZW 2019, 757.
- 19 Verordnung (EG) Nr. 6/2002 des Rates v. 12.12.2001 über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster, ABl. 2001 L 3, 1.
- 20 EuGH 3.3.2022 – C-421/20, GRUR 2022, 569 (571) Rn. 41–42 – Acacia Srl/Bayerische Motoren Werke AG (dazu Mansel/Thorn/R. Wagner IPRax 2023, 109 [134 f.]); EuGH 27.9.2017 – verb. C-24/16 u. C-25/16, GRUR 2017, 1120 (1126) Rn. 93 mAnm Kur – Nintendo Co. Ltd./BigBen Interactive GmbH u. Nintendo Co. Ltd./BigBen Interactive SA.
- 21 Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 16.9.2009 über Ratingagenturen, ABl. 2009 L 302, 1.
- 22 Steinrötter ZIP 2015, 110 (113 f.); etwas anders v. Bar/Mankowski IPR BT/Mankowski § 2 Rn. 33: „Spezialitätsvorrang“ des Art. 35a RatingVO gegenüber der Rom II-VO.
- 23 S. Rb. Rotterdam 30.3.2016 – C/10/479897/HA ZA 15-736, ETR 2017, 101 (106): Anknüpfung eines Teilaspekts der Frachtführerhaftung nach der Rom II-VO, soweit die CMR keine Regelungen enthält.
- 24 Ausdrücklich EuGH 21.1.2016 – C-359/14 u. C-475/14, NJW 2016, 1005 (1006) Rn. 43 = IPRax 2017, 400 mAufS Martiny 360 – ERGO Insurance SE/If P&C Insurance AS, Gjensidige Baltic AAS/PZU Lietuva UAB DK; EuGH 28.7.2016 – C-191/15, NJW 2016, 2727 (2728) Rn. 37 = IPRax 2017, 483 mAufS W.-H. Roth 449 – Verein für Konsumenteninformation/Amazon EU Sàrl.
- 25 Dazu etwa Ferrari/Leible Neues IntVertrR, S. 17, 20 ff.; Beig/Graf-Schimek/Grubinger/Schachereiter/Beig Rom II-VO, 2008, 37 ff.; Magnus FS Gunther Kühne, 2009, 779 (783 ff.); Czepelak (2011) 7 J. Priv. Int. L. 393, 395–398; Crespi Reghizzi, Riv. dir. int. priv. proc. 2012, 317 ff.; P. Huber IPRax 2017, 356; Magnus/Mankowski ECPI/Mankowski Rom II-VO Art. 1 Rn. 29 ff.; Mansel Liber amicorum Giuseppe B. Portale, 2019, 55 (68 ff.).
- 26 Dafür auch LG Dortmund 14.5.2014 – 8 O 46/13, BeckRS 2014, 19175 (sub II).
- 27 Hohloch IPRax 2012, 110 (111) Fn. 17: „kein voller Gleichklang“.
- 28 EuGH 21.1.2016 – C-359/14 u. C-475/14, NJW 2016, 1005 (1006) Rn. 43–46 = IPRax 2017, 400 mAufS Martiny 360 – ERGO Insurance SE/If P&C Insurance AS, Gjensidige Baltic AAS/PZU Lietuva UAB DK; EuGH 28.7.2016 – C-191/15, NJW 2016, 2727 (2728) Rn. 37 = IPRax 2017, 483 mAufS W.-H. Roth 449 – Verein für Konsumenteninformation/Amazon EU Sàrl.
- 29 Für ein abweichendes breiteres, ökonomisch motiviertes Vertragsverständnis Magnus/Mankowski ECPI/Mankowski Rom II-VO Art. 1 Rn. 34–36.

oder nicht (dann ist es Delikt bzw. außervertraglich),³⁰ oder ob der Kontakt mit dem anderen Teil – aus Gläubigersicht – (vertraglich) gesucht oder (deliktisch) erlitten worden ist. Vertrag und außervertragliches Schuldverhältnis schließen einander aus; ein Rechtsverhältnis kann aus der Sicht des Europäischen IPR nie beides zugleich sein.³¹ Zu den Fallgruppen, die danach als deliktisch eingeordnet werden, gehört zB die „Haftung für den durch den Absturz eines Luftfahrzeugs verursachten Schaden“³² oder auch das Unterlassungsbegehren eines Verbraucherschutzverbands gegen die Verwendung von AGB,³³ ebenso eine Schadenshaftung für die Folgen eines angeblich missbräuchlich im Ausland erwirkten Schiffsarrests³⁴ oder auch der Geheimnisschutz,³⁵ zB aber nicht der Abschluss und die Durchführung eines Transportvertrages, die mit der „Entwertung“ eines Sicherungsmittels verbunden waren.³⁶ Besteht demgegenüber eine rechtsgeschäftliche Sonderverbindung zwischen den Parteien, muss deshalb nicht jeder in ihrem Verhältnis zueinander relevante Streitgegenstand notwendig vertraglich zu qualifizieren sein. Vielmehr ist dies nur der Fall, wenn es für die Sachentscheidung unerlässlich ist, die bestehende Vertragsbeziehung auszulegen.³⁷ Liegt es so, dann ist auch ein Vorgehen, das sich aus nationaler Sicht auf eindeutig deliktsrechtliche, zB wettbewerbs- oder sogar strafrechtlich relevante Vorwürfe stützt, als vertraglich einzuordnen.³⁸ In diesem Sinne sind zB Ansprüche auf Schadensersatz wegen plötzlichen Abbruchs langjähriger Geschäftsbeziehungen vertraglich zu qualifizieren, „wenn zwischen den Parteien eine stillschweigende vertragliche Beziehung bestand, was zu prüfen Sache des vorlegenden Gerichts ist.“³⁹ Demgegenüber geht es um eine unerlaubte Handlung, wenn eine gesetzliche, dh von einem Vertrag unabhängige Verpflichtung in Rede steht, und es für die Prüfung der Rechtmäßigkeit des jeweiligen Handelns „nicht unerlässlich“ ist, einen Vertrag auszulegen.⁴⁰

- 30 Spezifisch zur Rom II-VO OLG Hamburg 2.5.2019 – 3 U 182/17, IPRspr. 2019 Nr. 348 S. 759; Gerichtshof Arnhem-Leeuwarden 17.2.2015 – 200.157.027-01, ECLI:NL:GHARL:2015:1152, 515; abrufbar unter <https://uitspraken.rechtspraak.nl>; s. a. zur Abgrenzung der Rom I-VO von der Rom II-VO bei einem Anspruch aus einem Besitzmittlungsverhältnis (bailment on terms) *Impala Warehousing v. Wanxiang* [2015] EWHC 811 (Comm) paras 74–75, 81 (Q. B. D. Comm, Blair J.); s. a. im Hinblick auf Frachtverträge bzw. Ansprüche zwischen Absender und Frachtführer (mit Hinweisen auf die wechselhafte Rechtsprechung in der Slowakei); *Judova/Levrinc* in *Guinchard Rome I and Rome II in Practice* S. 485 (500 f.); grundlegend für das Europäische Zivilprozessrecht EuGH 27.9.1988 – 189/87, Slg. 1988, 5565 Rn. 18 = NJW 1988, 3088 (3089) mAnm Geimer – Athanasios Kalfelis/Bankhaus Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co. u.a.; EuGH 17.6.1992 – C-26/91, Slg. 1992, I-3967, I-3994 Rn. 15 – Jakob Handte/TCMS; EuGH 27.10.1998 – C-51/97, Slg. 1998, I-6511, I-6542 Rn. 17 – Réunion européenne SA u.a./Spliethoff's. Bevracht-ingskantoor BV u. Kapitän des Schiffes „Alblas-gracht V002“; EuGH 17.9.2002 – C-334/00, Slg. 2002, I-7357, I-7393 Rn. 23 – Fonderie Officine Meccaniche Tacconi SpA/Heinrich Wagner Sinto Maschinenfabrik GmbH (HWS); EuGH 5.2.2004 – C-265/02, Slg. 2004, I-1543, I-1555 Rn. 24 – Frahuil SA/Assitalia SpA; EuGH 20.1.2005 – C-27/02, Slg. 2005, I-481, I-517 Rn. 50 – Petra Engler/Janus Versand GmbH; EuGH 18.7.2013 – C-147/12, EuZW 2013, 703 (704 f.) Rn. 33 – ÖFAB/Frank Koot u.a.; EuGH 21.1.2016 – C-359/14 u. C-475/14, NJW 2016, 1005 (1006) Rn. 45 = IPRax 2017, 400 mAufs Martiny 360 – ERGO Insurance SE/If P&C Insurance AS, Gjensidige Baltic AAS/PZU Lietuva UAB DK; EuGH 14.7.2016 – C-196/15, IPRax 2017, 396 (398) Rn. 19–21 mAufs P. Huber – Granarolo SpA/Ambrosi Emmi France SA; außerdem *Mansel Liber amicorum Giuseppe B. Portale*, 2019, 55 (68 ff.); *Mansel/Kuhl FS Christian v. Bar*, 2022, 251 (262).
- 31 *Mansel Liber amicorum Giuseppe B. Portale*, 2019, 55 (70 f.).
- 32 EuGH 9.9.2015 – C-240/14, NJW 2016, 385 (386) Rn. 38 – Eleonore Prüller-Frey/Norbert Brodnig u. Axa Versicherung AG.
- 33 EuGH 28.7.2016 – C-191/15, NJW 2016, 2727 (2728) Rn. 39 = IPRax 2017, 483 mAufs W.-H. Roth 449 – Verein für Konsumenteninformation/Amazon EU Sàrl.; dazu *Wilke GPR* 2017, 21; *Hess FS Reinhold Geimer II*, 2017, 255 (264 f.); nachfolgend OGH 14.12.2017 – 2 Ob 155/16g (abrufbar unter <https://www.ris.bka.gv.at>). Zum Thema jetzt ferner die Richtlinie (EU) 2020/1828 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 25.11.2020 über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG, ABl. 2020 L 409, 1 (in Deutschland umgesetzt durch das Verbandsklagenrichtlinienumsetzungsgesetz – VRUG v. 8.10.2023, BGBl. 2023 I Nr. 272), die die internationaldeliktsrechtliche Anknüpfung allerdings nicht tangiert, so Art. 2 Abs. 3 der Richtlinie.
- 34 OLG Hamburg 2.5.2019 – 3 U 182/17, IPRspr. 2019 Nr. 348, 759.
- 35 McGuire WRP 2023, 1 (5 ff.).
- 36 LG Saarbrücken 27.6.2018 – 17 HK O 9/16, RdTW 2019, 270 = BeckRS 2018, 18884 Rn. 42–46.
- 37 EuGH 13.3.2014 – C-548/12, NJW 2014, 1648 (1649) Rn. 23–25 – Marc Brogssitter/Fabrication de Montres Normandes EURL u.a.; EuGH 24.11.2020 – C-59/19, NJW 2021, 144 (146) Rn. 32 mAnm R. Wagner – Wikingerhof GmbH & Co. KG/Booking.com BV.
- 38 EuGH 13.3.2014 – C-548/12, NJW 2014, 1648 (1649) Rn. 29 – Marc Brogssitter/Fabrication de Montres Normandes EURL u.a.; OLG Köln 15.2.2016 – II U 6/16, IPRax 2017, 97 (98); LG Aachen 9.12.2015 – 9 O 141/15, IPRax 2017, 96 (97) (zu den beiden letztgenannten Entscheidungen *Spickhoff IPRax* 2017, 72); zu allem *Magnus/Mankowski ECPIL/Mankowski Rom II-VO Art. 1 Rn. 37*.
- 39 EuGH 14.7.2016 – C-196/15, IPRax 2017, 396 (398) Rn. 28 mAufs P. Huber – Granarolo SpA/Ambrosi Emmi France SA.
- 40 EuGH 24.11.2020 – C-59/19, NJW 2021, 144 (146 f.) Rn. 33 mAnm R. Wagner – Wikingerhof GmbH & Co. KG/Booking.com BV.

Jenseits der eindeutigen und zentralen, in Art. 2 explizit aufgezählten Kategorien von außervertraglichen Schuldverhältnissen einschließlich der *culpa in contrahendo* (Art. 12) ist die **Einordnung** folgender **ambivalenter Fallgruppen** als vertraglich (also außerhalb der Rom II-VO stehend) heute weitgehend etabliert: Gewinnmitteilungen,⁴¹ Direktansprüche (*action directes*) in Mehrpersonenverhältnissen,⁴² zB von Subunternehmern oder deren Arbeitnehmern gegen den Bauherrn oder den Generalunternehmer⁴³ oder in Lieferketten,⁴⁴ Ansprüche aus Gemeinschafts- (nicht: Gesellschafts-)Verhältnissen,⁴⁵ einseitige Rechtsgeschäfte bzw. Verpflichtungen.⁴⁶ Ansprüche aus Verträgen mit Schutzwirkung zugunsten Dritter oder aus drittbegünstigenden Schuldverhältnissen überhaupt gehören – entgegen anderer, herrschender Auffassung⁴⁷ – ebenfalls nicht in die Rom II-VO, sondern in die Rom I-VO.⁴⁸ Dass der Dritte und die in Anspruch genommene Vertragspartei idR keine Berührung miteinander hatten, ändert nichts daran, dass der Anspruchsgrund sehr wohl freiwillig und selbstbestimmt in einem rechtsgeschäftlichen Kontakt, nämlich zwischen den Vertragspartei, geschaffen worden ist,⁴⁹ auch wenn sich im Ergebnis ein Dritter auf den wesensmäßig vertraglichen Rechtsgrund beruft.⁵⁰ Zu Recht als außervertraglich gelten demgegenüber gesetzliche Ansprüche gegen den Vertreter ohne Vertretungsmacht⁵¹ sowie Haftungsverhältnisse aus Anscheins- oder Duldungsvollmacht.⁵² Außervertraglicher Natur sind auch Unterlassungsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher⁵³ iSd Unterlassungsklagen-Richtlinie 2009/22/EG⁵⁴ bzw. der Verbandsklagen-Richtlinie (EU) 2020/1828, zB gegen die Verwendung bestimmter AGB im grenzüberschreitenden Internet-Versandhandel,⁵⁵ ebenso kartellrechtliche Unterlassungsansprüche, woran sich dadurch nichts ändert, dass das kartellrechtswidrige Verhalten durch den Abschluss verbotener Verträge oder innerhalb vertragsähnlicher Mitgliedschaftsverhältnisse verwirklicht worden ist.⁵⁶ Als außervertraglich von der Rom II-VO erfasst ist auch die Heranziehung zu Havarie-Grosse-Beiträgen.⁵⁷ Ebenfalls außervertraglicher Natur sind Ansprüche

- 41 MüKoBGB/Junker Rom II-VO Art. 1 Rn. 21–22; P. Huber/Bach Rom II-VO Art. 1 Rn. 30; Grüneberg/Thorn Rom II-VO Art. 1 Rn. 4; Dauses/Ludwigs EU-WirtschaftsR-HdB/Kreuzer/R. Wagner/Reeder I, R Rn. 288 (Februar 2014); Magnus/Mankowski ECPII/Mankowski Rom II-VO Art. 1 Rn. 42; Soergel/Wendelstein Rom II-VO Art. 1 Rn. 52.
- 42 Detailliert mit Hinw. zum in- und ausländischen Sachrecht Magnus/Mankowski ECPII/Mankowski Rom II-VO Art. 1 Rn. 67 ff.; außerdem Gebauer FS Dieter Martiny, 2014, 325 (338 ff.).
- 43 MüKoBGB/Junker Rom II-VO Art. 1 Rn. 24; wohl auch Freitag IPRax 2016, 418 (424 f.); anders freilich Messerschmidt/Voit/Freitag Privates Baurecht, 2. Aufl. 2012, P Rn. 68.
- 44 Freitag IPRax 2016, 418 (423); dazu eingehend M. Schröder Unternehmerregress beim Verbrauchsgüterkauf S. 246 ff.; anders wohl Soergel/Wendelstein Rom II-VO Art. 1 Rn. 54.
- 45 Für Art. 7 Nr. 1 EuGVVO Rauscher EuZPR/EuIPR/Leible Brüssel Ia-VO Art. 7 Rn. 26c; s. aber BGH 27.9.2016 – X ZR 163/12, GRUR 2016, 1257 (1258) – Beschichtungsverfahren: Ansprüche aus dem Gemeinschaftsverhältnis zwischen Miterfindern nach autonomem IPR deliktisch qualifiziert.
- 46 MüKoBGB/Junker Rom II-VO Art. 1 Rn. 15; Grüneberg/Thorn Rom II-VO Art. 1 Rn. 2.
- 47 Für Verträge mit Schutzwirkung für Dritte OGH 5.8.2021 – 2 Ob 130/20, BeckRS 2021, 23866 Rn. 26; LG Saarbrücken 27.6.2018 –17 HK O 9/16, RdTW 2019, 270 = BeckRS 2018, 18884 Rn. 41; Dutta IPRax 2009, 293 (295); Gössl Internetspezifisches Kollisionsrecht?, 2014, S. 139; Freitag IPRax 2016, 418 (421); MüKoBGB/Martiny Rom I-VO Art. 1 Rn. 16, Magnus/Mankowski ECPII/Mankowski Rom II-VO Art. 1 Rn. 63; v. Bar/Mankowski IPR BT/Mankowski § 2 Rn. 14; MüKoBGB/Spellenberg Rom I-VO Art. 12 Rn. 54, Heinlein NZA 2018, 276 (279); Soergel/Wendelstein Rom II-VO Art. 1 Rn. 45; Spindler ZHR 186 (2022), 67 (109); Grüneberg/Thorn Rom II-VO Art. 1 Rn. 5; Castendiek IPRax 2022, 449 (453); jeweils mwN zum Streitstand; offen BGH 9.4.2015 – VII ZR 36/14, NJW 2015, 2737 (2738) Rn. 17 = IPRspr. 2015 Nr. 45 S. 117 – Silikonbrustimplantate; zur Qualifikation außerdem Thomale/L. Hübner JZ 2017, 385 (390).
- 48 Staudinger/Magnus Rom I-VO Art. 1 Rn. 38.
- 49 Anders LG Berlin 16.5.2017 – 45 O 466/15, SVR 2017, 388 = BeckRS 2017, 128569 Rn. 15 = NZV 2018, 40 mAnm Frese: „Handeln als Fahrzeugführerin“ sei zwar „vom Schutzbereich des Versicherungsvertrages umfasst“, aber daran anschließende Regressansprüche seien gleichwohl nach der Rom II-VO anzuknüpfen.
- 50 Wie hier für Ansprüche eines Arbeitnehmers aus einem (Pauschalreise-)Vertrag zwischen Arbeitgeber und Veranstalter Committeri v. Club Mediterranee SA, [2018] EWCA Civ 1889, [2019] I. L. Pr. 19 (C. A., per Coulson, L.J.): Rom I-VO anwendbar; s. die Kurzwiedergaben in British Institute of International and Comparative Law, Study on the Rome II Regulation (EC) 864/2007 on the law applicable to non-contractual obligations (4.10.2021), JUST/2019/JCOO_FW_CIVI_0167, United Kingdom, 698 (Kinsler/Phelps) und bei Grušić in Guinchard Rome I and Rome II in Practice S. 579 (591).
- 51 Huber/Bach Rom II-VO Art. 1 Rn. 23; Magnus/Mankowski ECPII/Mankowski Rom II-VO Art. 1 Rn. 50–52; dazu Freitag IPRax 2016, 418 (422).
- 52 Huber/Bach Rom II-VO Art. 1 Rn. 24; Magnus/Mankowski ECPII/Mankowski Rom II-VO Art. 1 Rn. 53–54; dazu Freitag IPRax 2016, 418 (421 f.).
- 53 Detailliert Magnus/Mankowski ECPII/Mankowski Rom II-VO Art. 1 Rn. 45–49.
- 54 RL 2009/22/EG v. 23.4.2009, ABl. 2009 L 110, 30.
- 55 EuGH 28.7.2016 – C-191/15, NJW 2016, 2727 (2728) Rn. 39 = IPRax 2017, 483 mAufs W.-H. Roth 449 – Verein für Konsumenteninformation/Amazon EU SärI.
- 56 LG Dortmund 14.5.2014 – 8 O 46/13, BeckRS 2014, 19175 (sub II).
- 57 OLG Düsseldorf 26.2.2014 – 18 U 27/12, TranspR 2014, 234.

aus der Verletzung von Sorgfaltspflichten gegenüber Personen, mit denen (noch) kein Vertragsverhältnis besteht, zB Haftungsansprüche Dritter gegen Gutachter bzw. Experten⁵⁸ oder auch Ansprüche aus der Verletzung von Pflichten eines Anbieters von Glücksspielen, Personen mit Spielsuchtgefährdung vom Spielbetrieb fernzuhalten.⁵⁹ Als außervertraglich sind auch „Zahlungsklagen von Vertragsgläubigern der Tochtergesellschaft gegen die Muttergesellschaft wegen Publizitätsversagens (im Hinblick auf die Tochtergesellschaft)“⁶⁰ zu qualifizieren,⁶¹ ebenso Regressansprüche, die anlässlich eines Gespinnunfalls zwischen Kfz-Haftpflichtversicherern geltend gemacht werden,⁶² oder die ein ausländischer Kfz-Haftpflichtversicherer gegenüber dem Fahrer eines in Deutschland verunfallten Autos erhebt.⁶³

- 6 Kann eine Angelegenheit bzw. Fallgruppe nicht eindeutig, also weder außervertraglich noch vertraglich qualifiziert werden, so besteht – entgegen anderer Auffassung⁶⁴ – keine Notwendigkeit, entweder die Rom II-VO oder die Rom I-VO ausdehnend zu interpretieren, um eine der beiden Verordnungen anwenden zu können.⁶⁵ Tertium datur.⁶⁶ Das Internationale Vertrags- und das Internationale Deliktsrecht der EU streben eine Teilvereinheitlichung des Kollisionsrechts der Mitgliedstaaten an, bilden aber (noch) kein geschlossenes System.⁶⁷ geschweige denn ein solches, das auf die Großkategorien „Vertrag“ und „Delikt“ reduziert wäre. Sonderfallgruppen, die quer zu den beiden Kategorien stehen, können ohne Weiteres weiterhin nach dem jeweiligen autonomen Kollisionsrecht angeknüpft werden, etwa die **Gläubigeranfechtung** (*actio pauliana*) nach § 19 AnfG⁶⁸ und die Haftung des Vermögensübernehmers (§ 419 BGB aF, § 1409 ABGB) oder des neuen Unternehmensträgers (§§ 25, 28 HGB, § 38 ff. UGB) an den „Ort der gewerblichen Niederlassung des fortgeführten Unternehmens.“⁶⁹
- 7 Aus Art. 1 nicht ersichtlich, uU aber notwendig ist eine Abgrenzung außervertraglicher Schuldverhältnisse gegen **dingliche Rechtsverhältnisse**. Jene erfasst die VO nicht, da der unionale Normgeber bisher kein einheitliches Kollisionsrecht für sachenrechtliche Rechtsverhältnisse anstrebt.⁷⁰ Die Rom II-VO kann dementsprechend nicht als Substitut für ein Europäisches Internationales Sachenrecht wirken. Auch sind **sachenrechtliche Vorfälle** (zB Eigentum an einer beschädigten Sache), die sich im Deliktprozess sehr

58 Soergel/Wendelstein Rom II-VO Art. 1 Rn. 56.

59 Hillside (New Media) Ltd. v. Bjarte Baasland, BET365 International N. V., Hillside (Gibraltar) Ltd., [2010] EWHC 3336 (Comm) para 22–23 (Q. B. D., Smith J.) = ZEuP 2012, 360 mAnm Halfmeier.

60 R. Wagner NJW 2014, 1862 (1865).

61 EuGH 17.10.2013 – C-519/12, BeckRS 2013, 82083 – OTP Bank Nyilvánosas Működő Részvénytársaság/Hochtief Solution AG.

62 EuGH 21.1.2016 – C-359/14 u. C-475/14, NJW 2016, 1005 (1006) Rn. 47 = IPRax 2017, 400 mAufs Martiny 360 – ERGO Insurance SE/If P&C Insurance AS, Gjensidige Baltic AAS/PZU Lietuva UAB DK; dazu auch M. Lehmann/Ungerer GPR 2017, 134; Martiny ZEuP 2018, 218 (247 f.); s. sodann LAT (Lietuvos Aukščiųjų Teismas) 6.5.2016 – 3K-3-187-701/2016, BeckRS 2016, 17751 = r+s 2016, 411 (Ls.) mAnm Luckhaupt; dazu Luckhaupt NZV 2016, 497.

63 LG Berlin 16.5.2017 – 45 O 466/15, BeckRS 2017, 128569 Rn. 15 = NZV 2018, 40 mAnm Frese.

64 M. Lehmann IPRax 2015, 495 (496 f.); Soergel/Wendelstein Rom II-VO art. 1 Rn. 8; wohl auch Gössl Internetspezifisches Kollisionsrecht?, 2014, S. 138.

65 Zutreffend Hohloch IPRax 2012, 110 (112); Freitag FS Ulrich Spellenberg, 2010, 169 (172); Freitag IPRax 2016, 418 (425 f.); Magnus/Mankowski ECPL/Mankowski Rom II-VO Art. 1 Rn. 38; v. Bar/Mankowski IPR BT/Mankowski § 2 Rn. 4 u. ebd. § 2 Rn. 12.

66 Entgegen Bogdan FS Bernd v. Hoffmann, 2011, 561 (567); M. Lehmann IPRax 2015, 495 (496 f.); M. Lehmann/Ungerer GPR 2017, 134 (135); wohl auch R. Schaub Jura 2017, 611 (615); wie hier Freitag ZHR 174 (2010), 429, 442; Freitag FS Ulrich Spellenberg, 2010, 169 ff.; Magnus/Mankowski ECPL/Mankowski

Rom II-VO Art. 1 Rn. 38; v. Bar/Mankowski IPR BT/Mankowski § 2 Rn. 4 u. ebd. § 2 Rn. 12.

67 Entgegen M. Lehmann IPRax 2015, 495 (496 f.); Denninger, 146; M. Lehmann/Ungerer GPR 2017, 134 (135); wie hier Freitag FS Ulrich Spellenberg, 2010, 169 (172 ff.); MüKoBGB/Junker Rom II-VO Art. 1 Rn. 5; Magnus/Mankowski ECPL/Mankowski Rom II-VO Art. 1 Rn. 38; v. Bar/Mankowski IPR BT/Mankowski § 2 Rn. 4 u. ebd. § 2 Rn. 12.

68 Hohloch IPRax 2012, 110 (112); Dausen/Ludwigs EU-WirtschaftsR-HdB/Kreuzer/R. Wagner/Reider I, R Rn. 288 (Februar 2014). Für Qualifikation der Gläubigeranfechtung als vertraglich aber zB MüKoBGB/Junker Rom II-VO Art. 1 Rn. 19–20; offen Magnus/Mankowski ECPL/Mankowski Rom II-VO Art. 1 Rn. 61; für Qualifikation als deliktisch tendenziell, freilich unklar Soergel/Wendelstein Rom II-VO Art. 1 Rn. 51.

69 BGH 23.10.2013 – VIII ZR 423/12, NZG 2014, 511 (513) = IPRax 2015, 257 mAufs Kramme 225; ähnlich OGH 29.10.2013 – 3 Ob 183/13b, IPRax 2015, 541 mAufs M. Lehmann 495: Anknüpfung (§ 1 östIPRG) an die Belegenheit des „als Haftungssubstrat dienende(n) wesentliche(n) Vermögens“; außerdem Freitag ZHR 174 (2010), 429 (438 ff.); Freitag FS Ulrich Spellenberg, 2010, 169 (175); Freitag IPRax 2016, 418 (422); Magnus/Mankowski ECPL/Mankowski Rom II-VO Art. 1 Rn. 38; v. Bar/Mankowski IPR BT/Mankowski § 2 Rn. 12; anders insbesondere M. Lehmann IPRax 2015, 405 ff. und aus österreichischer Sicht F. Schäfer FS Hellwig Torggler, 2013, 1071 (1073 ff.); Bachner FS Martin Schauer, 2022, 15 (20 ff.).

70 Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Internationalen Privatrecht für außervertragliche Schuldverhältnisse und für Sachen, BT-Drs. 14/343, 6 (re. Sp.) (A 3 a aE).

häufig stellen, nicht nach der Rom II-VO anzuknüpfen, sondern nach dem autonomen Kollisionsrecht, und zwar selbstständig,⁷¹ also nach dem Internationalen Sachenrecht der *lex fori*.⁷²

Die Rom II-VO gilt nicht für negatorische Abwehrensprüche aus dinglichen Rechten,⁷³ nicht für nachbarrechtliche Ansprüche⁷⁴ und auch nicht für **Ansprüche aus dem Eigentümer-Besitzer-Verhältnis**.⁷⁵ Dass die Vindikationslage deutschsachrechtlich (manchen) als gesetzliches Schuldverhältnis gilt,⁷⁶ macht sie nicht auch europäischkollisionsrechtlich dazu.⁷⁷ Im Gegenteil sollte eine weitere qualifikatorische Ausdünung des sachenrechtlichen Kernbereichs zugunsten des Deliktsrechts, die zB im Verhältnis des Art. 24 Nr. 1 EuGVVO zu Art. 7 Nr. 2 EuGVVO bemerkbar ist,⁷⁸ vermieden bleiben, damit Fragen des Verschuldens und überhaupt des persönlichen Verhaltens nicht noch stärker grenzüberschreitend relevant werden und entsprechend hohen Klärungs- und Beweisaufwand erfordern.⁷⁹ Einen Grenzfall bildet die (*action of*) **conversion** der angelsächsischen Rechte (Sachaneignung/Gebrauchsanmaßung unter Verletzung eines Besitzrechts). *Conversion* deckt einen Bereich ab, in dem aus deutschsachrechtlicher Sicht Kondiktionsansprüche, Ansprüche aus dem Eigentümer-Besitzer-Verhältnis und solche aus unerlaubter Handlung in Betracht kommen und ggf. konkurrieren.⁸⁰ Richtigerweise ist *conversion* in die Rom II-VO einzubeziehen,⁸¹ da die Nähe dieses tradierten Rechtsbehelfs zu Delikt und Bereicherung⁸² deutlich größer ist als die zum Eigentumsschutz.

C. Verbindung zum Recht verschiedener Staaten

Wie auch Art. 1 Abs. 1 Rom I-VO verlangt Abs. 1, dass das erfasste Schuldverhältnis „eine Verbindung zum Recht verschiedener Staaten“ aufweist. Diese Voraussetzung ist (jedenfalls im Deutschen) sprachlich missglückt⁸³ und irreführend.⁸⁴ Soll das Schuldverhältnis mit mehreren Staaten verbunden sein, so besteht nicht nur „eine“ Verbindung, und verschiedene Staaten haben auch nicht nur „ein“ Recht, mit dem ein Schuldverhältnis verbunden sein kann. Zudem ist fraglich, woher überhaupt eine Verbindung eines Schuldverhältnisses mit fremdem Recht stammen soll: Bevor nicht die Anwendung einer Kollisionsnorm stattgefunden hat, kann ein Schuldverhältnis allenfalls mit dem Territorium, den Staatsangehörigen oder sonst wie mit einem anderen Staat zu tun haben. Etwas klarer formuliert ist und für die deutsche Sprachfassung des Art. 1 offenbar maßgeblich war Art. 3 EGBGB, der eine „Verbindung zu einem ausländischen Staat“ fordert. Verständlicher und sachgerechter drücken sich die Sprachfassungen des Art. 1 in Englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch aus. Dort verlangt Abs. 1 jeweils nur eine **Sachlage, die kollisionsrechtlich gelöst werden muss** bzw. dem Internationalen Privatrecht untersteht.⁸⁵

71 AG Geldern 27.10.2010 – 4 C 356/10, NJW 2011, 686 (687); Magnus/Mankowski ECPIL/Mankowski Rom II-VO Art. 1 Rn. 57.

72 Demgegenüber spricht sich Staudinger NJW 2011, 650 (651) tendenziell für eine unselbstständige Anknüpfung aus.

73 Entgegen Hohloch (2007) 9 Yb. P.I.L., 1 (14).

74 Entgegen Hohloch (2007) 9 Yb. P.I.L., 1 (14); Grüneberg/Thorn Rom II-VO Art. 1 Rn. 5.

75 Anders Gebauer/Wiedmann EurZivilR/Staudinger Kap. 37 Rom II-VO Art. 2 Rn. 5; Grüneberg/Thorn Rom II-VO Art. 1 Rn. 5; Dausers/Ludwigs EU-WirtschaftsR-HdB/Kreuzer/R. Wagner/Reeder I, R Rn. 288 (Februar 2014); Magnus/Mankowski ECPIL/Mankowski Rom II-VO Art. 1 Rn. 56 u. ebd. Rn. 58; Soergel/Wendelstein Rom II-VO Art. 1 Rn. 43; differenzierend für einzelne Ansprüche im Rahmen des Eigentümer-Besitzer-Verhältnisses Finkelmeier Qualifikation der Vindikation und des Eigentümer-Besitzer-Verhältnisses S. 252 f., 335, 403 f.

76 Offen und mit Angaben zum Streitstand BGH 30.9.2003 – XI ZR 232/02, NJW-RR 2004, 45 (46).

77 So aber Gebauer/Wiedmann EurZivilR/Staudinger Kap. 37 Rom II-VO Art. 2 Rn. 5; gegen Auslegung

der Rom II-VO im Lichte nationaler Dogmatik mit Recht Chong (2008) 57 I.C.L.Q., 863 (872).

78 Zu Immissionsabwehrklagen im Nachbarschaftsverhältnis EuGH 18.5.2006 – C-343/04, Slg. 2006, I-4557, I-4597 f. Rn. 33–34 = RIW 2006, 624 mAnm Knöfel – Land Oberösterreich/ČEZ as.

79 Knöfel RIW 2006, 627 (629).

80 Zweigert/Kötz, Einführung in die Rechtsvergleichung, 3. Aufl. 1996, 609.

81 Dickinson Rome II Regulation 3.95; Heinze RabelsZ 76 (2012), 654 (655 f.); ohne besondere Erwähnung von *conversion* allgemeiner Huber/Bach Huber/Bach Rom II-VO Art. 1 Rn. 26.

82 S. a. Staudinger/St. Lorenz BGB § 816 Rn. 25.

83 Zur Textgeschichte näher R. Wagner ZZP 131 (2018), 183 (209 f.).

84 Ebenso Magnus/Mankowski ECPIL/Mankowski Rom II-VO Art. 1 Rn. 3.

85 Engl. Fassung: „situations involving a conflict of laws“; frz. Fassung: „situations comportant un conflit de lois“; it. Fassung: „circostanze che comportino un conflitto di leggi“; span. Fassung: „situaciones que comportan un conflicto de leyes“; wie hier E. Eckert GPR 2015, 303 f.

den Fällen eines unberechtigten Aufenthalts kann jedoch anhand objektiver Anhaltspunkte über eine bereits erfolgte Integration ein Wechsel des gewöhnlichen Aufenthalts eingetreten sein.⁵⁵

d) Minderjährige. Der selbstständig zu bestimmende Daseinsmittelpunkt eines minderjährigen Kindes ergibt sich aus dem Schwerpunkt seiner persönlichen Bindungen (etwa bei einer Trennung der Eltern)⁵⁶ und nicht über den Schwerpunkt der Eltern kraft des Kindschaftsstatus.⁵⁷ Bei Säuglingen kommt es auf Verhalten und Pläne der Eltern an.⁵⁸ Ferner können Gesichtspunkte des Kindeswohls Einfluss auf die Bestimmung des gewöhnlichen Aufenthalts haben.⁵⁹ Für die Zwecke der Rom II-VO dürfte insoweit aber Zurückhaltung geboten sein.

20

C. Praktische Bedeutung

Aufgrund der häufigen, meist subsidiär maßgeblichen Anknüpfung an den (uU gemeinsamen) gewöhnlichen Aufenthalt (Art. 4 Abs. 2, Art. 5 Abs. 1, Art. 6 Abs. 2, Art. 9, Art. 10 Abs. 2, Art. 11 Abs. 2, Art. 12 Abs. 2 lit. b) kommt auch der Hilfsnorm des Art. 23 eine hohe praktische Bedeutung zu.

21

Soweit auf den gemeinsamen gewöhnlichen Aufenthalt abgestellt wird (Art. 4 Abs. 2), ist der gewöhnliche Aufenthalt für jeden Beteiligten gesondert zu bestimmen. Eine darüber hinaus gehende Gemeinsamkeit oder Beziehung zum Aufenthaltsstaat wird nicht verlangt.⁶⁰

22

Artikel 24 Ausschluss der Rück- und Weiterverweisung

Unter dem nach dieser Verordnung anzuwendenden Recht eines Staates sind die in diesem Staat geltenden Rechtsnormen unter Ausschluss derjenigen des Internationalen Privatrechts zu verstehen.

Literatur: von Hein, Europäisches Internationales Deliktsrecht, ZEuP 2009, 6; von Hein, Der Renvoi im europäischen Kollisionsrecht, in Leible/Unberath, Brauchen wir eine Rom 0-Verordnung?, 2013, S. 341; Henrich, Der Renvoi: Zeit für einen Abgesang?, FS v. Hoffmann, 2011, S. 159; Junker, Rück- und Weiterverweisung (Renvoi) nach dem Inkrafttreten der Europäischen Güter- und Erbrechtsverordnungen, FS Kronke, 2020, S. 209; Mäsch, Der Renvoi im europäischen Kollisionsrecht, in: S. Arnold, Grundfragen des Europäischen Kollisionsrechts, 2016, S. 55; Nietner, Internationaler Entscheidungseinklang im europäischen Kollisionsrecht, 2016; Schack, Was bleibt vom Renvoi?, IPRax 2013, 315; Solomon, Die Renaissance des Renvoi im Europäischen Internationalen Privatrecht, FS Schurig, 2012, S. 237; Sonntag, Zur Europäisierung des Internationalen außervertraglichen Schuldrechts durch die geplante Rom II-Verordnung, ZVglRWiss 105 (2006), 256.

A. Allgemeines

Art. 24 ist eine Definitionsnorm, die die kollisionsrechtlichen Verweisungen der Verordnung als Sachnormverweisungen konkretisiert. Sie entspricht den parallelen Regeln des Internationalen Vertragsrechts, Art. 20 Rom I-VO sowie Art. 35 Abs. 1 EGBGB aF und Art. 15 EVÜ. Einen Vorbehalt, wie in Art. 20 Rom I-VO („soweit in dieser Verordnung nichts anderes bestimmt ist.“ → Rom I-VO Art. 20 Rn. 4 f), enthält Art. 24 nicht. Die Kollisionsnormverweisung (sog. Gesamtverweisung), über die Rück- oder Weiterverweisungen beachtet werden, ist damit für die Rom II-VO ausnahmslos ausgeschlossen. Der Zweck wird in Erwägungsgrund 6 der Verordnung einerseits in der besseren Vorhersehbarkeit und Sicherheit in Bezug auf das anzuwendende Recht gesehen. Andererseits soll eine Rechtsanwendungsähnlichkeit unabhängig vom Ort des angerufenen Gerichts in einem anderen Mitgliedstaat erreicht und ein *law shopping* infolge der Wahl des Forums vermieden werden.

1

55 Die Aufenthaltsberechtigung und die Entscheidung über den Asylantrag sind als rechtliche Fakten nur ein Indiz für die Prognose des weiteren Verbleibs (bevorstehende Abschiebung), vgl. Spickhoff IPRax 1990, 225; Looschelders EGBGB Art. 5 Rn. 10; MüKo-BGB/Junker Rom II-VO Art. 23 Rn. 17; OLG Bremen FamRZ 1992, 962 (963); OLG Koblenz FamRZ 1990, 536; bejahend nur für den Fall, dass eine soziale Integration des Asylbewerbers bereits stattgefunden hat, Grüneberg/Thorn EGBGB Art. 5 Rn. 10; so auch MüKoBGB/v. Hein EGBGB Art. 5 Rn. 169; noch differenzierter Mankowski IPRax 2017, 40 (47).

56 Aus der deutschen Rspr., vgl. BGH IPRax 2003, 145; BGH NJW 1981, 520; OLG Nürnberg IPRax 2003,

147 (148); OLG Bremen FamRZ 1992, 962 (963); KG FamRZ 1998, 440 (441); OLG Düsseldorf FamRZ 1999, 112; OLG Stuttgart IPRax 2015, 251 mAnm Helms, 217 zu Art. 8 Abs. 1 Brüssel IIa-VO.

57 Zu Sonderfällen → EGBGB Art. 5 Rn. 19 u. 40–46.

58 EuGH 22.12.2010 – C-497/10 PPU, IPRax 2012, 340 – Mercredi; zum gewöhnlichen Aufenthalt eines Säuglings nach Art. 8 Abs. 1 Brüssel IIa-VO; s. a. MüKo-BGB/v. Hein EGBGB Art. 5 Rn. 178 f.

59 M.-P. Weller IPRax 2014, 225 (228); Rentsch Der gewöhnliche Aufenthalt S. 183 ff.

60 Anders als teilweise im Familienrecht wird keinerlei persönliche Beziehung der Beteiligten verlangt, siehe MüKoBGB/Junker Rom II-VO Art. 4 Rn. 45.

B. Regelungsgehalt

- 2** Bei den von der Verordnung ausgesprochenen Verweisungen handelt es sich um **Sachnormverweisungen**.¹ Sie berufen allein das Sachrecht der benannten Rechtsordnung. Das ist grundsätzlich das materielle Recht.² Das Kollisionsrecht der berufenen Rechtsordnung bleibt dagegen – anders als nach Art. 4 Abs. 1 S. 1 EGBGB (sog. Gesamtverweisung) – außer Betracht. Zu Rückverweisungen (*renvoi*) und Weiterverweisungen durch das Kollisionsrecht des berufenen ausländischen Rechts kann es damit nicht kommen.³
- 3** Die Unbeachtlichkeit des fremden Kollisionsrechts gilt auch dann, wenn in der berufenen Rechtsordnung **vorrangige staatsvertragliche Kollisionsnormen** im Sinne von Art. 28 Abs. 1 bestehen. Auch auf sie wird nicht verwiesen. Solche Kollisionsnormen enthalten das Haager Übereinkommen über das auf Straßenverkehrsunfälle anwendbare Recht vom 4.5.1971⁴ sowie das Haager Übereinkommen über das auf die Produkthaftpflicht anzuwendende Recht vom 2.10.1973.⁵ Die beiden Übereinkommen gelten zwar nicht in Deutschland, aber in einer Reihe von EU- und Drittstaaten. Bei Verweisungen auf das Recht dieser Staaten bleiben sie aufgrund von Art. 24 außer Betracht.
- Im Verhältnis der **Mitgliedstaaten** untereinander ist diese Zurückstellung von völkervertraglichen Anwendungspflichten hinnehmbar, weil die stark ausdifferenzierten kollisionsrechtlichen Regeln des internationalen Deliktsrechts auf materiellrechtlichen Wertungen beruhen, die es zu verwirklichen gilt und die daher nicht durch Rück- und Weiterverweisungen infrage gestellt werden dürfen.⁶ Ferner ist der Entscheidungseinklang im Binnenverhältnis derjenigen Mitgliedstaaten gewahrt, die nicht an vorrangige staatsvertragliche Kollisionsnormen gebunden sind (siehe Erwägungsgrund 6). Dagegen ist ein *law shopping* im Verhältnis zu den Vertragsstaaten der beiden Übereinkommen weiter möglich.
- Gegenüber **Drittstaaten** bedeutet der Ausschluss des *renvoi* zwar eine bessere Vorhersehbarkeit und damit auch mehr Rechtssicherheit (s. Erwägungsgrund 6). Dagegen führt er zu einer Reduktion des internationalen Entscheidungseinklangs, ohne dass dies durch einen Vereinheitlichungszweck geboten wäre.⁷ *De lege ferenda* bleibt die „Abschaffung“ des *renvoi* auch im Drittstaatenverhältnis eine zu überdenkende Entscheidung (vgl. Art. 34 Abs. 1 EuErbVO).
- Dieselbe Situation besteht bei Verweisungen auf das dänische Recht, das sein eigenes IPR beibehalten hat (zu **Dänemark** s. Art. 1 Abs. 4). Auch das dänische Kollisionsrecht wird bei Verweisungen auf dänisches Recht nicht beachtet.
- 4** Art. 24 ist verordnungsautonom auszulegen. Bei den ausschließlich als Sachnormverweisungen zu behandelnden Verweisungen der VO darf der (äußere) **internationale Entscheidungseinklang** zur Konkretisierung der Ausweikklauseln in der VO aber weiterhin berücksichtigt werden. So bleibt zur Bestimmung einer offensichtlich engeren Verbindung in Art. 4 Abs. 3 oder in Art. 5 Abs. 2 eine Bezugnahme auf die kollisionsrechtlichen Wertungen des an sich berufenen Rechts möglich.⁸ Spricht dieses Kollisionsrecht eine Rück- oder eine Weiterverweisung aus, so liegt darin ein Indiz für eine offensichtlich engere Beziehung des Sachverhalts zu der benannten Rechtsordnung. Zugleich wird damit ein Interessengleichklang erreicht.
- 5** Die von Art. 24 angeordnete Sachnormverweisung ist zwingend. Die **Vereinbarung** einer Gesamtverweisung als privatautonome Gestaltung erscheint vor dem Hintergrund eines fehlenden Vorbehalts (→ Rn. 1)

1 OGH GRUR Int. 2013, 668 (670).

2 Zu der damit zugleich aufgeworfenen Qualifikationsfrage siehe grds. Staudinger/Looschelders Einl. IPR Rn. 1080 ff.; MüKoBGB/v. Hein Einl. IPR Rn. 108 ff.

3 Zum Ausschluss des *renvoi* MüKoBGB/v. Hein EGBGB Art. 4 Rn. 120 ff.; Leible/Unberath Rom 0-VO/v. HeinS. 341 (363).

4 Text abrufbar unter <<https://www.hoch.net/en/instruments/conventions>>, Nr. 19; sowie abgedruckt bei Jayme/Hausmann, Nr. 100, Mitgliedstaatennachweise in Fn. 1, EU; Belgien, Frankreich, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Polen, Slowakei, Slowenien, Spanien und die Tschechische Republik; Drittstaaten: Belarus, Bosnien und Herzegowina, Marokko, Mazedonien, Montenegro, Schweiz, Serbien und die Ukraine.

5 Text abrufbar unter <<https://www.hoch.net/en/instruments/conventions>>, Nr. 22; Mitgliedstaatennachwei-

se bei Jayme/Hausmann, vor Nr. 100, Fn. 1, EU;

Frankreich, Finnland, Kroatien, Luxemburg, Niederlande, Slowenien und Spanien; Drittstaaten: Mazedonien, Montenegro, Norwegen und Serbien.

6 MüKoBGB/Junker Rn. 4 ff.; Sonntag ZVglRWiss 105 (2006), 256 (305 f.).

7 Schack IPRax 2013, 315 (319): Bedeutungsverlust des internationalen Entscheidungseinklangs; gegen die Einführung eines *renvoi* Mäsch in S. Arnold S. 55 (60–63); Nietner Internationaler Entscheidungseinklang S. 91–93.

8 MüKoBGB/v. Hein EGBGB Art. 4 Rn. 120 ff.; v. Hein ZEuP 2009, 6 (25); Nietner Internationaler Entscheidungseinklang S. 91 (Berücksichtigung auf Tatbestandsebene im Rahmen von Art. 4 Abs. 3 Rom II-VO).

unzulässig.⁹ Für eine dahin gehende vertragliche Abbedingung des Art. 24 ist auch ein schutzwürdiges praktisches Bedürfnis nicht erkennbar.¹⁰

Im Falle einer Verweisung auf das Recht eines Mehrrechtsstaates kommt allein Art. 25 zur Anwendung.

Art. 24 beantwortet ferner *nicht* die Frage, ob das berufene ausländische Sachrecht *ex officio* festzustellen oder etwa als eine beweisbedürftige Tatsache zu behandeln ist. Das ist eine rein verfahrensrechtliche Frage, die nach dem Verfahrensrecht der *lex fori* zu beantworten ist.¹¹

C. Praktische Bedeutung

Die nach Art. 28 Abs. 1 fortgeltenden Haager Übereinkommen (→ Rn. 3) sowie die Sonderstellung Dänemarks (Art. 1 Abs. 4) verhindern eine unionsweite Vereinheitlichung der Kollisionsnormen durch die Rom II-VO. Das schafft Anreize für ein *law shopping*, ist aber konzeptionell unvermeidbar und daher hinzunehmen.

Artikel 25 Staaten ohne einheitliche Rechtsordnung

(1) Umfasst ein Staat mehrere Gebietseinheiten, von denen jede für außervertragliche Schuldverhältnisse ihre eigenen Rechtsnormen hat, so gilt für die Bestimmung des nach dieser Verordnung anzuwendenden Rechts jede Gebietseinheit als Staat.

(2) Ein Mitgliedstaat, in dem verschiedene Gebietseinheiten ihre eigenen Rechtsnormen für außervertragliche Schuldverhältnisse haben, ist nicht verpflichtet, diese Verordnung auf Kollisionen zwischen den Rechtsordnungen dieser Gebietseinheiten anzuwenden.

Literatur: *Eichel*, Interlokale und interpersonale Anknüpfungen, in: Leible/Unberath, Brauchen wir eine Rom 0-Verordnung?, 2013, S. 397; *Meyer*, Parteiautonomie bei Mehrrechtsstaaten, *RabelsZ* 83 (2019), 721; *Nehne*, Methodik und allgemeine Lehren des europäischen Internationalen Privatrechts, 2012; *Nietner*, Internationaler Entscheidungseinklang im europäischen Kollisionsrecht, 2016; *von Sachsen Gessaphe*, Die Verweisung auf einen Mehrrechtsstaat, vom autonomen IPR zur EuErbVO, in: *Deinert*, Internationales Recht im Wandel, 2013, S. 163; *Schröder*, Die Verweisung auf Mehrrechtsstaaten im deutschen Internationalen Privatrecht, 2007.

A. Allgemeines	1	C. Praktische Bedeutung	6
B. Regelungsgehalt	4		

A. Allgemeines

Art. 25 bestimmt die anzuwendende Rechtsordnung bei Verweisungen auf das Recht von Mehrrechtsstaaten. Erfasst werden nur die Fälle einer territorialen Spaltung des Rechtsregimes eines Mehrrechtsstaates (Gebietseinheiten, Länderteile). Auf religiöse oder stammesrechtliche Rechtsspaltungen (interpersonale Rechtsspaltung) findet sie keine Anwendung. Aufgrund der universellen Anwendbarkeit der Verordnung (Art. 3) werden auch Drittstaaten erfasst, die mehrere territorial abgegrenzte Teilrechtsordnungen aufweisen.¹

Die Verweisung richtet sich **unmittelbar** auf die Teilrechtsordnung, die der Anknüpfungspunkt (Schadensort, Ort des gemeinsamen gewöhnlichen Aufenthalts, Erwerbssort) bestimmt. **Abs. 1** fingiert dazu die Eigenstaatlichkeit der Teilrechtsordnung. Jede Gebietseinheit gilt als Staat. Ein ggf. bestehendes interlokales Kollisionsrecht des Gesamtstaates, auf dessen Sachrecht verwiesen wird, bleibt unbeachtet. Eine sog. Unteranknüpfung findet nicht statt (→ Rn. 2).

Die optionale Erstreckung der VO auf interlokale Kollisionen zwischen den Rechtsordnungen verschiedener Gebietseinheiten innerhalb eines Staates nach **Abs. 2** richtet sich nur an Mehrrechtsstaaten. Sie ist für das wiedervereinigte Deutschland daher ohne Bedeutung (→ Rn. 3).

<p>9 BeckOK BGB/Spickhoff Rom II-VO Art. 24 Rn. 3; Erman/M. Stürner Rom II-VO Art. 24 Rn. 2; jurisPK-BGB/Engel Rom II-VO Art. 24 Rn. 4; MüKoBGB/v. Hein EGBGB Art. 4 Rn. 124 (127); Nietner Internationaler Entscheidungseinklang S. 91; aA MüKoBGB/Junker Rom II-VO Art. 24 Rn. 9; Rauscher EuZPR/EuIPR/Picht Rom II-VO Art. 24 Rn. 5.</p> <p>10 S. a. BeckOK BGB/Spickhoff Rom II-VO Art. 24 Rn. 3; MüKoBGB/Junker Rom II-VO Art. 24 Rn. 9; MüKoBGB/v. Hein EGBGB Art. 4 Rn. 124 (127);</p>	<p>Leible/Unberath Rom 0-VO/v. Hein S. 341 (366); Nietner Internationaler Entscheidungseinklang S. 91 (entspreche nicht dem Willen der Parteien).</p> <p>11 Krit. Gebauer/Wiedmann EurZivR/Staudinger Kap. 37 Rn. 100 (jedenfalls bei angeordneten Günstigkeitsvergleichen ist immer eine amtswegige Feststellung geboten).</p> <p>1 Rauscher EuZPR/EuIPR/Picht Rom II-VO Art. 25 Rn. 3.</p>
---	--

VO zu beurteilen.⁵³ Diese Unterscheidung respektiert die Grundentscheidung der Verordnung, Rechtswahlen vor dem 21.6.2012 nach bis dahin anwendbarem nationalen Kollisionsrecht und Rechtswahlen nach dem 21.6.2012 nach dem Kollisionsrecht der Rom III-VO zu beurteilen.

C. Weitere praktische Hinweise

Da die intertemporale Anwendbarkeit der Rom III-VO vom Stichtag des 21.6.2012 abhängt, empfiehlt es sich, den **Zeitpunkt** der Verfahrenseinleitung und/oder den der Rechtswahl **genau zu dokumentieren**. Zum Nachweis des Zeitpunkts der Verfahrenseinleitung sollte ggf. eine Eingangsbestätigung oÄ des Gerichts, vor dem das Verfahren anhängig gemacht wurde, eingeholt werden. **14**

Im Falle einer **Rechtswahl** sollten die Parteien zudem **ausdrücklich** festhalten, ob sie von der **Anwendbarkeit** der Rom III-VO ausgehen. Einem Irrtum über die intertemporale Anwendbarkeit der Rom III-VO, kann, wenn er zu einem Irrtum über das anwendbare Recht führt, ggf. unter dem Gesichtspunkt des Handelns unter falschem Recht⁵⁴ Rechnung getragen werden. **15**

Artikel 19 Verhältnis zu bestehenden internationalen Übereinkommen

(1) Unbeschadet der Verpflichtungen der teilnehmenden Mitgliedstaaten gemäß Artikel 351 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union lässt diese Verordnung die Anwendung internationaler Übereinkommen unberührt, denen ein oder mehrere teilnehmende Mitgliedstaaten zum Zeitpunkt der Annahme dieser Verordnung oder zum Zeitpunkt der Annahme des Beschlusses gemäß Artikel 331 Absatz 1 Unterabsatz 2 oder 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union angehören und die Kollisionsnormen für Ehescheidung oder Trennung ohne Auflösung des Ehebandes enthalten.

(2) Diese Verordnung hat jedoch im Verhältnis zwischen den teilnehmenden Mitgliedstaaten Vorrang vor ausschließlich zwischen zwei oder mehreren von ihnen geschlossenen Übereinkommen, soweit diese Bereiche betreffen, die in dieser Verordnung geregelt sind.

Literatur: Siehe Vorbemerkungen zu Artikel 1.

A. Allgemeines

Da die Rom III-VO auch im Verhältnis zu Drittstaaten Anwendung findet (→ Art. 4 Rn. 1), besteht die Möglichkeit, dass ein **teilnehmender Mitgliedstaat** aufgrund bi- oder multilateraler Abkommen **völkerrechtlich verpflichtet** ist, im Verhältnis zu einem oder mehreren Drittstaaten im Anwendungsbereich der Rom III-VO Kollisionsnormen staatsvertraglichen Ursprungs anzuwenden. Diesen Konflikt löst **Abs. 1** zugunsten des **Vorrangs bestehender völkerrechtlicher Vereinbarungen** auf. Die Union verhielte sich selbst völkerrechtswidrig, wenn sie ihre Mitgliedstaaten zum Bruch deren völkerrechtlicher Verpflichtungen veranlasste.¹ **1**

Ein etwaiger Konflikt völkerrechtlicher Verpflichtungen, die **nur zwischen teilnehmenden Mitgliedstaaten** bestehen, und der Rom III-VO wird hingegen nach **Abs. 2** zugunsten der Rom III-VO gelöst. **2**

Parallelbestimmungen zu Art. 19 finden sich in Art. 25 Rom I-VO, Art. 28 Rom II-VO und Art. 75 EuErbVO. **3**

B. Regelungsgehalt

Abs. 1 betrifft **internationale Übereinkommen**, die Kollisionsnormen für Ehescheidung oder Trennung ohne Auflösung des Ehebandes enthalten. Erfasst sind folglich völkerrechtliche Verträge mit Regelungen, **4**

53 AA Rauscher EuZPR/EuIPR/Helms Rom III-VO Art. 18 Rn. 5; wohl auch Althammer/Mayer Rom III-VO Art. 18 Rn. 4; jurisPK-BGB/Johanson Rom III-VO Art. 18 Rn. 8 (allgemein für Rom III-VO).

54 Hierzu MüKoBGB/v. Hein Einl. IPR Rn. 223–226; Kegel/Schurig IPR S. 66 f.

1 Zur Parallelvorschrift Art. 25 Abs. 1 Rom I-VO: Staudinger/Magnus Rom I-VO Art. 25 Rn. 5; s. auch Raupach, Ehescheidung mit Auslandsbezug in der Europäischen Union, 2014, S. 106.

die in den sachlichen Anwendungsbereich der Rom III-VO (hierzu → Art. 1 Rn. 1 ff.) fallen.² Als unproblematisch erweisen sich explizite Kollisionsnormen völkerrechtlichen Ursprungs, dh Bestimmungen, welche ausdrücklich die Frage nach dem anzuwendenden Recht beantworten. Vorrang vor der Rom III-VO genießen jedoch auch Abkommen, in denen sich implizite Kollisionsnormen finden. Zu denken ist insbesondere an Übereinkommen, die einheitliches Sachrecht für grenzüberschreitende Sachverhalte schaffen und deren Bestimmungen über ihren Anwendungsbereich kollisionsrechtlichen Gehalt aufweisen.³

5 Der **Hinweis** auf den vorrangigen **Art. 351 AEUV** ist **deklaratorisch**, da die Rom III-VO als Sekundärrecht in der Normenhierarchie unter dem primärrechtlichen Art. 351 AEUV steht.⁴ Die Norm betrifft völkerrechtliche Verträge der Mitgliedstaaten, die vor dem 1.1.1958 bzw. (bei späterem Beitritt) vor dem Zeitpunkt des Beitritts des jeweiligen Mitgliedstaates zur Europäischen Gemeinschaft bzw. Union geschlossen wurden. Die Vorrangregelung des Art. 19 Abs. 1 trägt Art. 351 AEUV hinreichend Rechnung.

6 **Relevanter Zeitpunkt** ist für von Beginn an teilnehmenden Mitgliedstaaten – wie die Bundesrepublik Deutschland – derjenige der **Annahme** der Rom III-VO. Sie wurde am **20.12.2010** angenommen (→ Art. 21 Rn. 5).⁵ Mit Annahme der Verordnung ging auch die Außenkompetenz, in den Anwendungsbereich der Verordnung fallende, völkerrechtliche Verträge zu schließen, von den teilnehmenden Mitgliedstaaten auf die Union über.⁶ Ab diesem Zeitpunkt konnte mangels Abschlusskompetenz der teilnehmenden Mitgliedstaaten keine der Rom III-VO entgegenstehende völkerrechtliche Vereinbarung mit Drittstaaten mehr getroffen werden, so dass der Konflikt, den Abs. 1 verhindern soll, nicht mehr auftreten konnte.

Für Mitgliedstaaten, die sich zu einem späteren Zeitpunkt zu einer Teilnahme an der Verordnung entschließen, wird auf den Moment der Annahme des Beschlusses nach Art. 331 Abs. 1 UAbs. 2 oder 3 AEUV, der im Verfahren der verstärkten Zusammenarbeit die Teilnahme weiterer Mitgliedstaaten an einem Rechtsakt erlaubt, abgestellt.⁷

7 Zum Zeitpunkt der Annahme der Verordnung war die Bundesrepublik Deutschland durch das **deutsch-iranische Niederlassungsabkommen** von 1929⁸ völkerrechtlich gebunden.⁹ Diesem Abkommen, das auf dem Staatsangehörigkeitsprinzip beruht und dessen Art. 8 Abs. 3 S. 1¹⁰ daher das gemeinsame Heimatrecht der Ehegatten für anwendbar erklärt, kommt deshalb Vorrang vor der Rom III-VO zu.¹¹ Dies hat aus deutscher Sicht zur Folge, dass unabhängig vom gewöhnlichen Aufenthalt eine Ehe iranischer Staatsangehöriger nach iranischem Recht und eine Ehe deutscher Staatsangehöriger nach deutschem Recht zu beurteilen ist.¹² Das Abkommen gelangt jedoch nur zur Anwendung, wenn alle Beteiligten ausschließlich dieselbe Staatsange-

2 Art. 19 Abs. 2 bringt dies sprachlich deutlicher als der den Art. 1 Abs. 1 wiederholende Art. 19 Abs. 1 zum Ausdruck. Inhaltlich bestehen keine Differenzen, da Abs. 1 und Abs. 2 beide die Überschneidung des sachlichen Anwendungsbereichs der Rom III-VO mit bestehenden völkerrechtlichen Verträgen regeln.

3 Wie hier Rauscher EuZPR/EuIPR/Helms Art. 19 Rn. 3; zur Parallelproblematik bei Art. 25 Rom I-VO s. Gebauer/Wiedmann EurZivilR/Nordmeier Rom I-VO Art. 25 Rn. 1; zu Übereinkommen mit teilweise kollisionsrechtlichem Gehalt Raupach, Ehescheidung mit Auslandsbezug in der Europäischen Union, 2014, S. 107.

4 Wie hier jurisPK-BGB/Johanson Rom III-VO Art. 19 Rn. 3.

5 Kohler/Pintens FamRZ 2011, 1433; s. auch Raupach, Ehescheidung mit Auslandsbezug in der Europäischen Union, 2014, S. 107 f.

6 S. Hausmann IntEuFamR/Hausmann A Rn. 528; Staudinger/Magnus Rom I-VO Rn. 3; MüKoBGB/Martiny Rom I-VO Art. 25 Rn. 7 (jeweils zu Art. 25 Rom I). Hieran ändert auch Art. 25 nichts, dass die Verordnung im Verfahren der verstärkten Kraft/Zusammenarbeit gesetzt wurde, s. Biagioni, Le Nuove Leggi Civili Commentate 2011, 1435, 1539; aA Rauscher EuZPR/EuIPR/Helms Art. 19 Rn. 6 (der von teilnehmenden Mitgliedstaaten künftig geschlossene Übereinkommen jedoch für unanwendbar erachtet, da

sie nicht von Abs. 1 geschützt werden); MüKoBGB/Winkler v. Mohrenfels Rom III-VO Art. 19 Rn. 2; Raupach, Ehescheidung mit Auslandsbezug in der Europäischen Union, 2014, S. 111.

7 Spezifisch für die Rom III-VO s. R. Wagner NJW 2011, 1404.

8 Niederlassungsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Kaiserreich Persien vom 17.2.1929, RGBI. 1930 II 1006.

9 Nachw. von Übereinkommen, an welche andere teilnehmende Mitgliedstaaten gebunden sind, bei Raupach, Ehescheidung mit Auslandsbezug in der Europäischen Union, 2014, S. 108.

10 Der Wortlaut der Norm findet sich auch bei Althammer/Mayer Rom III-VO Art. 19 Rn. 2.

11 Allg. Ansicht: OLG Frankfurt/M. NJW 2019, 3461 (3462), Rn. 10 mzustAnm Finger FamRB 2019, 334; Mankowski NZFam 2019, 697; OLG Hamm FamRZ 2013, 1481 (1482); Althammer/Mayer Rom III-VO Art. 19 Rn. 1; Erman/Stürmer Rom III-VO Art. 19 Rn. 1; jurisPK-BGB/Johanson Rom III-VO Art. 19 Rn. 1; MüKoBGB/Winkler v. Mohrenfels Rom III-VO Art. 19 Rn. 1; Grüneberg/Thorn Art. Rom III-VO 19 Rn. 1; Althammer NZFam 2015, 9 (14); Helms FamRZ 2011, 1765 (1767).

12 Vgl. jurisPK-BGB/Johanson Rom III-VO Art. 19 Rn. 6.

hörigkeit haben,¹³ folglich nicht bei deutsch-iranischen Doppelstaatern.¹⁴ Offen ist, ob der Vorrang des Abkommens zur Folge hat, dass die Rom III-VO insgesamt verdrängt wird. Nach einem solchen Verständnis griffe die *ordre-public*-Kontrolle nach Art. 10 und 12 nicht, und ein deutsches Gericht korrigierte *ordre-public*-widrige Ergebnisse im Verhältnis zum Iran auch nach dem 21.6.2012 (Anwendungsbeginn der Rom III-VO) nach Art. 6 EGBGB.¹⁵ Nach diesem Ansatz wird die *ordre-public*-Kontrolle, die nicht ausdrücklich im Abkommen geregelt ist, in dieses hineingelesen. Zudem lässt Art. 19 Abs. 1 die Anwendung internationaler Übereinkommen unberührt, beschränkt sich dem Wortlaut nach folglich nicht auf die Anwendung der in den Übereinkommen enthaltenen Kollisionsnormen. Gegen einen Rückgriff auf mitgliedstaatliches Kollisionsrecht zur Ergänzung vorrangiger völkerrechtlicher Übereinkommen spricht hingegen, dass nach Abs. 1 nur die Anwendung internationaler Übereinkommen unberührt bleibt, nicht aber solche Übereinkommen ergänzende, nationale Bestimmungen. Hinsichtlich dieser liegt der von Abs. 1 zu lösende Konflikt zwischen völkerrechtlicher Bindung einerseits und der Pflicht, die Rom III-VO universell anzuwenden, andererseits, nicht vor. Die Bundesrepublik Deutschland verstößt nicht gegen ihre völkerrechtlichen Pflichten aus dem deutsch-iranischen Niederlassungsabkommen, wenn sie die *ordre-public*-Kontrolle im Verhältnis zum zur Islamischen Republik Iran nicht anhand von Art. 6 EGBGB vornimmt.¹⁶ Im Ergebnis dürfte sich die normative Verankerung der *ordre-public*-Kontrolle in Art. 10 und 12 oder in Art. 6 EGBGB nur selten auswirken, da Art. 12 zur Festlegung, welchen Inhalt der *ordre public* hat, auf das Recht des Forumstaates verweist (näher → Art. 12 Rn. 11).

Ausschließlich zwischen **teilnehmenden Mitgliedstaaten** bestehende Übereinkommen verdrängt die Rom III-VO gemäß **Abs. 2**. Dahinter steht – wie bei den Parallelvorschriften Art. 25 Abs. 2 Rom I-VO und Art. 28 Abs. 2 Rom II-VO – die Überlegung, dass in einem solchen Fall völkerrechtliche Verpflichtungen gegenüber Drittstaaten keine Rolle spielen und die teilnehmenden Mitgliedstaaten untereinander wegen des Vorrangs des Unionsrechts an die Verordnung gebunden sind.¹⁷ **8**

Die **Bundesrepublik Deutschland** ist durch keinen völkerrechtlichen Vertrag, der in der Rom III-VO geregelte Materien betrifft und dessen Parteien nur an der Verordnung teilnehmende Mitgliedstaaten sind, gebunden. **Abs. 2** hat deshalb aus deutscher Perspektive **keine Bedeutung**.¹⁸ **9**

Artikel 20 Revisionsklausel

(1) ¹Die Kommission legt dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss spätestens zum 31. Dezember 2015 und danach alle fünf Jahre einen Bericht über die Anwendung dieser Verordnung vor. ²Dem Bericht werden gegebenenfalls Vorschläge zur Anpassung dieser Verordnung beigefügt.

(2) Die teilnehmenden Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission zu diesem Zweck sachdienliche Angaben betreffend die Anwendung dieser Verordnung durch ihre Gerichte.

Literatur: Siehe Vorbemerkungen zu Artikel 1.

Eine **Berichtspflicht** der Kommission wird nach **Abs. 1** für Zwecke der **Verordnungsevaluation** begründet. **1** Dies entspricht unionaler Rechtssetzungspraxis auf dem Gebiet des Internationalen Privat- und Zivilverfahrensrechts.¹ Für die Rom III-VO ist der Evaluationsprozess von besonderer Bedeutung, da er Gelegenheit gibt, weitere Mitgliedstaaten von der Teilnahme an der Verordnung zu überzeugen.² Die Kommission

13 BGH NJW 1990, 636 (637); OLG Frankfurt a. M. NJW 2017, 897, Tz. 25; NJW 2019, 3461 (3462), Tz. 10; OLG Köln NJW 2015, 1763; Helms IPRax 2014, 334.

14 BVerfG NJW-RR 2007, 577; BGH FamRZ 2023, 1032 (1034) Tz 16 mAnm Wurmnest/Kottke FamRZ 2023, 1039; Wall StAZ 2023, 270; OLG Hamm FamRZ 2012, 1498 (1499) mAnm Henrich FamRZ 2012, 1500; OLG Hamm IPRax 2014, 349 (353), Tz 46, mAnm Helms IPRax 2014, 334; OLG München ZEV 2010, 255 (zum Erbrecht).

15 Hierfür Erman/Stürmer Rom III-VO Art. 19 Rn. 1; wohl auch Grüneberg/Thorn Rom III-VO Art. 19 Rn. 1 mit EGBGB Art. 6 Rn. 11; für die Anwendung des Art. 12 hingegen MüKoBGB/Winkler v. Mohrenfels Rom III-VO Art. 19 Rn. 1.

16 Wie hier Althammer/Mayer Rom III-VO Art. 19 Rn. 3; BeckOGK-BGB/Gössl Rom III-VO Art. 19 Rn. 9; für Art. 10 Alt. 2; Hausmann IntEuFamR/Hausmann A Rn. 529.

17 Zur Parallelvorschrift Art. 25 Abs. 2 Rom I-VO: Staudinger/Magnus Rom I-VO Art. 25 Rn. 18; Gebauer/Wiedmann EurZivilR/Nordmeier Art. 25 Rom I-VO Rn. 1.

18 Vgl. Althammer/Mayer Rom III-VO Art. 19 Rn. 5; BeckOGK-BGB/Gössl Rom III-VO Art. 19 Rn. 13; Erman/Stürmer Rom III-VO Art. 19 Rn. 1; jurisPK-BGB/Johanson Art. 19 Rn. 9; Hausmann IntEuFamR/Hausmann A Rn. 530.

1 Erman/Stürmer Rom III-VO Art. 20 Rn. 1.

2 Rossolillo NLCC 2011, 1435 (1542).